

M i t t e i l u n g e n

- Juni 1985 -

<u>Inhalt:</u>	<u>Seite</u>
Individualisierung als Hoffnung und als Verhängnis - Aporien und Paradoxien der Adoleszenz in spätbürger- lichen Gesellschaften oder: Die Bedrohung der Subjek- tivität	1
Frauen auf dem Arbeitsmarkt - Wachsende Risiken oder neue Chancen?	23
Krisenreaktionen von Metallarbeitern	40
Thesen zu sozialstrukturellen Auswirkungen der Krise	48
Replik	56
Anlaufende Forschungsvorhaben - Kurzcharakteristik	66
SOFI-Neuerscheinungen	68

## INDIVIDUALISIERUNG ALS HOFFNUNG UND ALS VERHÄNGNIS

### APORIEN UND PARADOXIEN DER ADOLESCENZ IN SPÄTBÜRGERLICHEN GESELLSCHAFTEN ODER: DIE BEDROHUNG DER SUBJEKTIVITÄT \*

#### 1. Subkultur-Moden, Protest-Wellen und die Ratlosigkeit der Jugendforschung

In beinahe allen hochindustrialisierten bürgerlichen Gesellschaften des Westens wurden Öffentlichkeit und Politiker im letzten Jahrzehnt durch unterschiedliche Arten eines zumeist eruptiv aufbrechenden Jugendprotests aufgestört. Militante Hausbesetzungen in Amsterdam (Kraaker) und West-Berlin, der Kampf um kulturelle Autonomie in Zürich, Blockaden von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland gehören zu diesen Protesten ebenso wie ein starkes Engagement in der Ökologiebewegung und in den nationalen Friedensbewegungen von den USA bis Norwegen. Die Sympathie vieler Jugendlicher für alternative soziale und politische Gruppen schreckte manch etablierten Parteipolitiker auf, und in zwei europäischen Zentren des Jugendprotestes beeilten sich Regierungen und Parlamente, ihr Verständnis und ihre Betroffenheit durch das Einsetzen von Untersuchungskommissionen unter Beweis zu stellen.<sup>1)</sup>

Kaum weniger irritiert als über die politischen Proteste zeigte sich die Öffentlichkeit - ich beziehe mich hier insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland, da ich diese am besten überblicke - über das Entstehen sogenannter Jugend-Religionen, über die Abwanderung von Bürger-Söhnen und -Töchtern nach Poona und später nach Oregon zum Bhagwan. Mit Argwohn schließlich beäugte man die symbolisch-expressiven Ausdrucksformen jugendlichen Eigen-Seins in den verschiedenartigen Subkulturen der Hippies, Punks bis hin zu den Alternativen: Was sich in der Subkultur-Szene darstellt, signalisiert Aussteiger-Mentalität und bedroht die normativen Grundlagen bürgerlicher Gesellschaft vielleicht nachdrücklicher als temporärer politischer Protest.

\* Von Martin Baethge. Der Aufsatz erscheint im Spätsommer 1985 in der Ausgabe des *Social Science Journal* der Unesco zum internationalen Jahr der Jugend. Er ist entstanden aus den theoretischen Diskussionen im Zusammenhang des von M. Baethge, B. Hantsche, W. Pelull und U. Voskamp bearbeiteten Projektes "Jugend und Krise" (Arbeitstitel), in dem es schwerpunktmäßig um den Stellenwert von Arbeit und Beruf im Lebenskonzept Jugendlicher geht.

Auf der anderen Seite stehen sozialwissenschaftliche Erklärungen der politischen und ästhetisch-symbolischen Protestformen von Jugendlichen, die mit Sympathie und Verständnis deren positive Seite hervorheben, ihre seismographische Sensibilität für gesellschaftliche Krisen und Problemlagen betonen und in ihnen eine "persönliche und kulturelle Chance" für die gegenwärtige Gesellschaft sehen.<sup>2)</sup> Ihre ungewollten Sekundanten sind oft die Wertewandel-Theoretiker, die Jugend als Träger eines neuen Werte-Systems identifizieren zu können meinen, allen voran R. Inglehart<sup>3)</sup>, auf dessen These eines epochalen Wandels von "materialistischen" zu "postmaterialistischen" Werten sich eine ganze Profession von Jugendforschern stützt. Sie scheint für die am Jugendprotest beobachteten Verhaltensweisen und -orientierungen, die auf mehr Mitmenschlichkeit, mehr Autonomie, mehr Gefühl und weniger materiellen Erfolg in der Arbeit zielen, auch eine angemessene Deutung anzubieten, da im Zentrum postmaterialistischer Wertorientierung ähnliche Ansprüche stehen.

Die Stichhaltigkeit sozialwissenschaftlicher Interpretationen erweist sich an der Entwicklung der Gegenstände, Sachverhalte und Gruppen, auf die sie gemünzt sind. In unserem Fall ist hier eine Entscheidung sehr schwer. Natürlich kann man Jugendverhalten als seismographische Reaktion auf gesellschaftliche Problemlagen interpretieren. Dies ist auch früher schon geschehen. Aber was sagt man damit? Das Problem der optimistischen Interpretationen jugendlicher Protestformen besteht zumeist darin, daß sie die kreativen und sozial innovativen Potentiale an situativem Verhalten von Adoleszenten festmachen, ohne Belege dafür zu haben, daß sie sich transzendieren lassen in ein entsprechendes Verhalten von Erwachsenen und damit als Zeichen einer neuen Verhaltensdisposition gegenüber gesellschaftlichen Interaktions- und Autoritätsstrukturen identifiziert werden könnten, die auf deren Veränderung drängt.<sup>4)</sup> Auf dieses Problem aber müssen wir eine Antwort geben, wenn wir über das soziale Innovationspotential, das den Jugendprotesten als Ausdruck verlängerter und veränderter Adoleszenz innewohnt, urteilen wollen.<sup>5)</sup>

Selten wohl hat sich eine sozialwissenschaftliche Disziplin so gründlich an der Entwicklung ihres Gegenstands blamiert wie die empirische Jugendforschung. Weder haben die Jugendstudien der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die politische Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung vorausgesehen<sup>6)</sup> noch ist etwa jene subtile, von Keniston vorgetragene Interpretation

der amerikanischen Studentenbewegung, die über das Theorem der Postadoleszenz einen neuen Verhaltensstil als Resultat gesellschaftsstrukturellen Wandels meinte identifizieren zu können<sup>7)</sup>, sonderlich nachhaltig von der weiteren Entwicklung bestätigt worden. Und neueren Studien geht es da nicht viel besser, zumindest in der Bundesrepublik nicht. Wo Mitte der 70er Jahre Apathie und Rückzug als Ausdruck eines neuen Sozialisationstyps diagnostiziert wurden<sup>8)</sup>, engagierten sich kurze Zeit später große Teile der Jugend in der Friedensbewegung und im Kampf gegen die anhaltende Umweltzerstörung. Wo man dies wiederum als neuen ökologischen Radikalismus und als neue soziale Bewegung für alternative Lebens- und Arbeitsformen deutete, überraschte einen schon kurze Zeit später eine unerwartete politische Zurückhaltung und deutliche Distanz von Jugendlichen gegenüber alternativen Lebensformen. Dies alles muß nicht gegen die Jugendforschung sprechen. Aber die nicht unbeträchtliche Zahl wissenschaftlicher Fehlgriffe sollte uns vorsichtiger darin werden lassen, jede neue empirische Momentaufnahme jugendlichen Bewußtseins und jugendlicher Verhaltensweisen als Ausdruck eines neuen Jugendtyps oder eines grundlegenden Wertewandels zu interpretieren. Zu schnell wechseln die öffentlichen Erscheinungsbilder jugendlichen Verhaltens, zu kurzlebig erscheinen bestimmte, in der öffentlichen Diskussion hochgespielte Trends im sozialen Bewußtsein von Jugendlichen.

Besonders das im letzten Jahrzehnt in der sozialwissenschaftlichen Jugend-Diskussion dominierende Erklärungsmuster eines generellen Wertewandels, dessen Träger die Jugend sein soll, erweist sich dabei als problematisch und korrekturbedürftig. Die für einen derartigen Wertewandel am häufigsten angerufene Beweisinstanz, die Theorie R. Ingleharts<sup>9)</sup>, zeigt in den ihr zugrundeliegenden Untersuchungen keine eindeutigen Belege für die These vom Wertewandel. Für den untersuchten Zeitraum der 70er Jahre bleibt, selbst wenn man sich auf die Inglehartsche Methode einläßt und die fragwürdige Operationalisierung von "materialistischen" und "postmaterialistischen" Einstellungen einmal außer acht läßt, in allen in die Untersuchung einbezogenen westeuropäischen Ländern die sogenannte "materialistische" Wertorientierung auch unter Jugendlichen die eindeutig dominierende und ergeben sich im Zeitverlauf höchst unterschiedliche und zwischen den einzelnen Ländern auch gegenläufige Trends. Von stabilen Entwicklungstrends in den Wertorientierungen kann überhaupt nicht die Rede sein, ebenso wenig davon, daß die

Jugendlichen eine besondere Funktion als Speerspitze in der Durchsetzung postmaterialistischer Werte wahrnehmen. Die Reanalyse der Inglehartschen Daten durch Böltken/Jagodzinski macht dies eindrucksvoll deutlich.<sup>10)</sup>

Ein wissenschaftliches Erklärungsmuster wie das vom Wertewandel als empirisch nicht gesichert zurückzuweisen, bedeutet nun nicht, umgekehrt zu behaupten, es habe sich in den Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen nichts geändert. Auch ich gehe davon aus, daß sich hier sehr vieles gewandelt hat und die Traditionsbestände des moralischen Bewußtseins an Gültigkeit eingebüßt haben. Wir wissen nur nicht, in welchem Ausmaß und bei welchen sozialen Gruppen von Jugendlichen dies der Fall ist und was an ihre Stelle getreten ist. Und damit wissen wir eigentlich sehr vieles nicht, was zu wissen nötig wäre, um Aussagen über Entwicklungen von Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen zu machen. In dieser Ratlosigkeit erscheint es mir sinnvoll, statt mit immer neuen Repräsentativstudien hinter einem schwer greifbaren Phänomen Jugend herzuhumpeln, nach einer Rahmentheorie für die Interpretation jugendlicher Verhaltensweisen zu suchen. Diese aber kann nur aus der Betrachtung jener gesellschaftlichen Veränderungen gewonnen werden, welche die Verlaufsformen der Jugendphase, d.h. des Übergangs zum Erwachsenenstatus, heute bestimmten, erfordert also einen Rekurs auf soziologische bzw. sozialisationstheoretische Entwicklungstheorie.

## 2. Die Auflösung klassenspezifischer Sozialisationsstrukturen und die unvollständige Durchsetzung des Modells bürgerlicher Adoleszenz

Die These, die ich im folgenden ausführen und zur Diskussion stellen will - und mehr als ein Zur-Diskussion-Stellen kann es im Augenblick nicht sein, da es ausführlicherer Klärung bedarf, als es mir gegenwärtig und im Rahmen eines Artikels möglich ist -, läßt sich in wenigen Worten zuspitzen: Wir erleben zur Zeit einen neuen Schub jener mit dem Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft einsetzenden Veränderungen der Sozialisationsstruktur in der Adoleszenz, deren Gesamtrichtung mit der Tendenz zu einer doppelten Individualisierung gekennzeichnet werden kann. Doppelte Individualisierung meint hier zum einen den sozialstrukturellen Sachverhalt, daß sich im Zuge der

Ausdifferenzierung von Lebensbedingungen und Lebenslagen in bürgerlichen Gesellschaften ehemals klassen- bzw. schichtenspezifische Sozialisationsmuster auflösen und individualisieren (in Teil-Gruppen zerlegen)<sup>11)</sup>; insofern können wir noch weniger als je zuvor von der Jugend als einer sozialen Einheit sprechen. Zum anderen sind damit Inhalt und Formen der Sozialisation angesprochen, die im Zuge fortschreitender Verselbständigung der Sozialisation dieser Altersphase und ihrer Herauslösung aus den unmittelbaren Arbeitsprozessen immer mehr Momente individualistischer Identitätsbildung annehmen und immer mehr Momente kollektiver Identitätsbildung verlieren; ich möchte diesen Wandel als Tendenz von produktionistischer (d.h. arbeitsinkorporierter oder -orientierter) zu konsumistischer Sozialisation bezeichnen. An seinem vorläufigen Ende steht nicht die Erfüllung des Traums bürgerlicher Sozialreformer von der Emanzipation jedes Gesellschaftsmitglieds zum freien, selbstbewußten und gebildeten bürgerlichen Individuum, sondern eine Situation, in der gerade die in der Jugend beobachtbare Erhöhung von emanzipativer Potentialität in Gestalt steigender Sensibilität für kommunikative Strukturen und für die gesellschaftsimmanenten Selbstzerstörungstendenzen einhergeht mit einer Schwächung der Organisierungsfähigkeit dieser Sensibilität in der Jugendzeit und über sie hinaus; und diese Situation kann sehr wohl zur endgültigen Vernichtung von Individualität beitragen.

Bei der Erörterung dieser These beziehe ich mich nur auf die Sozialisation in der Jugendphase, nicht auf die vorgängigen Lebensstadien, und begreife diese mit Erdheim als "zweite Chance", d.h. als eine Entwicklungsphase, die nicht nur durch die frühkindliche Sozialisation determiniert ist, vielmehr ihre eigene Dynamik entfalten kann in der "Mitarbeit des Individuums an den sich verändernden Strukturen der Gesellschaft".<sup>12)</sup> In dieser Phase steht mit der Ablösung von den Eltern die Klärung des Verhältnisses zur Gesellschaft, zur Kultur der Erwachsenen auf dem Programm. Ich werde mich im folgenden auf die dafür zentralen Aspekte des Verhältnisses zu Arbeit und sozialer Gemeinschaft beschränken.<sup>13)</sup>

Unter den soziologischen und sozialisationstheoretischen Jugenddefinitionen, welche die gesellschaftliche und persönlichkeitsbezogene Entwicklungsaufgabe der Altersstufe (Adoleszenz) zu fassen versuchen, scheint mir immer noch die Adoleszenz-Definition Eriksons die Entwicklungstheorie des Subjekts in bürgerlichen Gesellschaften recht gut zu treffen. Seine klassische Definition

bestimmt diese Periode als ein "psycho-soziales Moratorium", "während dessen der Mensch durch freies Rollen-Experimentieren sich in irgendeinem der Sektoren der Gesellschaft seinen Platz sucht, eine Nische, die fest umrissen und doch wie einzig für ihn gemacht ist. Dadurch gewinnt der junge Erwachsene das sichere Gefühl innerer und sozialer Kontinuität, das die Brücke bildet zwischen dem, was er als Kind war, und dem, was er nunmehr im Begriff ist zu werden; eine Brücke, die zugleich das Bild, in dem er sich selber wahrnimmt, mit dem Bild verbindet, unter dem er von seiner Gruppe, seiner Sozietät erkannt wird."<sup>14)</sup>

Wir wissen heute, daß Eriksons Definition der Karenzzeit, die enge Verbindung innerer und äußerer Identitätsbildung sehr stark am Modell bürgerlicher Erziehung orientiert ist und deren gesellschaftliche Bedingungen reflektiert. Karenzzeit im Sinne des freien Rollen-Experimentierens ist abhängig von der Freistellung von Arbeit, die historisch am frühesten bei jenen Jugendlichen gegeben war, die sich über den Besuch von Gymnasium und über ein Universitätsstudium auf einen akademischen Beruf vorbereiteten. Dies waren in der Regel die Kinder des Bildungsbürgertums, zum Teil auch die des Besitzbürgertums oder von Selbständigen in Landwirtschaft und Handel, also jener Gruppen, die man später unter der Kategorie der bürgerlichen Mittelschicht zusammenfaßte. Ihnen gewährte die im Vergleich mit den übrigen Jugendlichen verlängerte Bildungszeit und ihr typischer Familienhintergrund die Möglichkeit zu aktiven und offenen Auseinandersetzungen mit den Eltern, Chancen zum freien Experimentieren mit den eigenen Interessen und Fähigkeiten, das Artikulieren-Können der eigenen Wünsche und Phantasien neben dem Erlernen beruflicher Fähigkeiten. Natürlich benennen diese Entwicklungsbedingungen mehr den Idealtyp als die durchgängige Realität früher bürgerlicher Erziehung<sup>15)</sup>, aber sie grenzen sie in der Tendenz von den Entwicklungsbedingungen der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen der Arbeiterklasse und großer Teile der Landbevölkerung ab. Deren Übergang in den Erwachsenenstatus vollzog sich zumeist sehr viel zwanghafter, als das Wort vom freien Rollen-Experimentieren es nahelegt, war eingebettet in familial organisierte Arbeitsprozesse (Landwirtschaft) oder den frühzeitigen Eintritt in einen Betrieb oder eine Fabrik, damit unter die Disziplin-Normen der produktiven Arbeit und unter den Zwang des Geldverdienens gestellt, sei es in Form individuellen Lohnes, sei es in Form des Beitrags zum Familieneinkommen, gleichgültig ob man noch den Status des Lehrlings oder den des Jungarbeiters hatte.

Die Eriksonsche Adoleszenz-Definition reflektiert die frühen Formen konsumistischer Sozialisation und betraf, historisch gesehen, immer eine Minderheit von Jugendlichen. An ihr sich weiterhin zu orientieren, ist dennoch legitim, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen hat sich das ihr zugrundeliegende Sozialisationsmodell im Verlauf des letzten Jahrhunderts sozialstrukturell erheblich durch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse ausgedehnt, die man in der Soziologie mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu bezeichnen pflegt<sup>16)</sup> und deren Resultat eine Zunahme der Intelligenzberufe und eine Stärkung der Mittelschichten ist, und einzelne seiner Momente haben sich durch die Verlängerung von Schul- und Ausbildungszeiten generalisiert. Zum anderen scheint mir dieses Sozialisationsmodell, selbst wenn es immer weniger faktische Gültigkeit als richtige Verlaufsrekonstruktion der Übergangsprozesse zum Erwachsensein beanspruchen kann, doch eine ungebrochene, eventuell sogar erhöhte normative Bedeutung in seiner Zielsetzung, der Herausbildung von Ich-Identität, in dem Sinne zu behalten, daß das individuelle Handlungs- und Durchsetzungsvermögen in der bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor wesentlich davon abhängig ist, daß eine solche - wie immer unvollständige und offene - Integrationsleistung von Ich-Identität gelingt. Auch wenn sich die Bedingungen des Eriksonschen Modells in gewisser Weise verallgemeinert haben und die bürgerlichen Gesellschaften Adoleszenz im Sinne von arbeitsentzogenen Entwicklungsspielräumen in einem historisch einmaligen und erstmaligen Ausmaß zeitlich und sozialstrukturell erweitert haben, sind Zweifel angebracht, ob dies noch zu dem Ziel führt, das dem Sozialisationsmodell unterlegt ist: dem selbstbewußten Individuum. Meine Befürchtung geht dahin, daß am Ende der Geschichte nicht das autonome bürgerliche Individuum steht und auch nicht das selbstbewußte proletarische Klassenindividuum der sozialistischen Theorie, das zur kollektiven Transformation der Gesellschaft fähig wäre, sondern ein zunehmend hilfloser werdendes und isoliertes Einzel-Wesen, das nicht so recht weiß, wo es hingehört und das ängstlich in die Zukunft blicken muß. Die Ursache für eine solche Vision liegt in der spezifischen Verlaufsform, welche die gesellschaftliche Ausweitung von Adoleszenz genommen hat.



Die Geschichte der Veränderung der Jugendphase in den letzten ein- bis zweihundert Jahren kann im Rahmen eines Aufsatzes nicht rekonstruiert werden. Ich setze sie hier als bekannt voraus und erinnere nur stichwortartig an ihre wichtigsten Momente, um ihre aktuellen Resultate erörtern zu können. Die Geschichte ist gekennzeichnet durch eine kontinuierliche Ausdehnung der Schulzeit, d.h. einer Zeit, die der Jugendliche in institutionalisierten, von der Arbeit und den anderen Lebenswelten getrennten Lernprozessen verbringt. Gerade in den letzten Dezennien hat die Ausdehnung von Schulzeit und Hochschulbesuch einen neuen Schub bekommen. In der Bundesrepublik Deutschland ist beispielsweise zwischen 1960 und 1980 die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, bei den männlichen Jugendlichen unter 20 Jahren um über 30 Prozentpunkte gefallen, so daß heute für diese Gruppe gilt, daß die Mehrheit von ihnen in einer Schule, Hochschule oder beim Militär weilt.<sup>17)</sup> Bei den Mädchen ist die Schüler- und Studentenquote noch stärker angestiegen als bei den Jungen. Würde man die z.T. schulisch, zum Teil betrieblich organisierte Berufsbildung noch einrechnen, so gälte für die Gruppe der Unter-Zwanzigjährigen, daß institutionalisierte Lernmilieus für sie zur dominanten Lebenssphäre neben der Familie geworden sind. Die Ausdehnung von Schulzeit bedeutet nicht allein eine Umstrukturierung des jugendlichen Erfahrungsfeldes in Richtung auf eine abnehmende Bedeutung von Arbeitserfahrung im Sozialisationsprozeß - hierauf ist noch näher einzugehen -, sie bedeutet auch eine zunehmende "Entkoppelung von System und Lebenswelt"<sup>18)</sup>, ist Ausdruck der zunehmenden Individualisierung von Berufskarrieren und gesellschaftlichen Mobilitätsprozessen, die unterstützt werden durch die wohlfahrts- und sozialstaatlichen Vorkehrungen zur Verringerung der Existenzrisiken und der Daseinsvorsorge (Arbeitslosenversicherung, Krankheitsschutz u.a.).<sup>19)</sup> Wenn wir bei diesen Prozessen von Individualisierung sprechen, darf freilich nicht übersehen werden, daß es sich in erster Linie um eine formale Individualisierung im Sinne der individuellen Nutzung von Rechten und institutionellen Angeboten handelt. Im Zusammenhang mit Sozialisation kann überhaupt nicht nachdrücklich genug betont werden, was Beck hervorhebt: "In den wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratien vollzieht sich Individualisierung gerade als Ausdruck und unter Rahmenbedingungen eines Vergesellschaftlichungsprozesses, der Individualisierung

(im Sinne individueller Verselbständigung) gerade in zunehmendem Maße unmöglich macht".<sup>20)</sup> (Wer könnte sich heute noch ohne Besuch von Schulen bilden oder ohne die Existenz eines Gesundheitssystems einer hohen Lebenserwartung erfreuen?)

Die wohlfahrtsstaatliche Vergesellschaftung von Daseinsvorsorge, zu der auch die von Erziehung und Bildung gehört, ist nicht einfach rückgängig zu machen, da sie an die Vergesellschaftung der materiellen Produktion gebunden ist. Sie führt im Resultat zur Gegenüberstellung von Individuum und System, die sich idealiter in der individuellen Nutzung der Systemangebote für die Erhöhung von persönlicher Wohlfahrt und Entfaltung auflösen soll, realiter aber fast regelmäßig zur erhöhten Abhängigkeit und Unmündigerklärung des Individuums führt. (Hieraus mag sich ein Teil der vehement ironischen Ablehnung von Altersversorgung und staatlicher Daseinsvorsorge in der neueren Jugendprotestbewegung erklären.) Unter Sozialisationsaspekten führt sie zur Verallgemeinerung des schulisch-bürokratischen Lernmilieus und zur sukzessiven Auflösung klassen- und gruppenspezifischer Lernprozesse, die sich allenfalls periodisch oder in Gestalt subkultureller Enklaven in besonders depravierten Regionen als perspektivlose Protestform gegen ein aufgezwungenes (Lern-)System restituieren mögen.<sup>21)</sup> Im Prinzip aber herrscht die Verbindung von autonomisierter Kleinfamilie und System.<sup>22)</sup>

### 3. Der Wandel von einer produktivistischen zu einer konsumistischen Sozialisation in der Adoleszenz

Das hervorstechende Merkmal in der kurzen Skizze der gesellschaftlichen Entwicklung von Sozialisation kann negativ darin gesehen werden, daß die Bedeutung der Arbeit als unmittelbarer Erfahrungsbereich immer weiter zurückgedrängt worden ist. Die Umstrukturierung des jugendlichen Erfahrungsfeldes von einer vordringlich unmittelbar arbeitsintegrierten oder wenigstens arbeitsbezogenen zu einer vordringlich schulisch bestimmten Lebensform kann nicht ohne Auswirkung auf den Entwicklungsprozeß der Jugendlichen, auf ihre Verhaltensweisen und Orientierungen, auf ihre Einstellungen gegenüber Gesellschaft und gegenüber deren immer noch zentraler Institution Arbeit bleiben. Stellt man idealtypisch beide Erfahrungsstrukturen gegen-

über, so beinhaltet die längere Freistellung des Jugendlichen von Arbeit gegenüber dem früheren Zustand folgende verhaltens- und bewußtseinsrelevanten, veränderten Erfahrungsmomente:

- spätere Entscheidung für eine bestimmte Arbeit oder einen bestimmten Beruf, damit auch eine mentale Entkoppelung von Lernen und Arbeiten, eine innere Verselbständigung von Lernen;
- spätere Konfrontation mit den betrieblichen Normen ökonomischer Zweckrationalität und späteres Unterstelltwerden unter sie und spätere Begegnung mit den Institutionen der Arbeit; Ausdehnung des "psycho-sozialen Moratoriums" mit höherer Irrtums- und Versagenstoleranz, als die betriebliche "Ernstsituation" sie dem Jugendlichen bietet;
- spätere Eigenverantwortung für die materielle Existenzsicherung und Verlängerung der alleinigen materiellen Verantwortung der Eltern und entsprechender Abhängigkeit von ihnen;
- spätere Erfahrung der eigenen gesellschaftlichen Nützlichkeit im Sinne eines produktiven materiellen Beitrags zur gesellschaftlichen Reproduktion;
- längeres Verharren in einem Typ rezeptiver Tätigkeit und praxisentzogener Lernprozesse statt der früheren Erfahrung konkreter Arbeit, was mit dem Eingebundensein in eine hierarchische, abstrakten Leistungs- und Selektionsnormen folgende Organisation verbunden ist, die den kognitiven und psychischen Entwicklungsprozeß des Jugendlichen nach restriktiven Regeln kontrolliert<sup>23)</sup>;
- längeres Verweilen in altershomogenen Gruppen und späterer Eintritt in eine von Erwachsenen dominierte Kommunikation; damit auch ganz andere Chancen zur Herausbildung und zum Ausleben eigener Stilvorstellungen;
- vor allem längeres Verweilen in einer Situation, die eine individuelle Leistungsmoral, individuelle Identitätsbildungsmuster statt kollektiver begünstigt. Lernen ist allemal vordringlich ein individueller Akt.

Die Klassifizierung dieses Strukturwandels jugendlicher Erfahrungsfelder als Weg von einem produktionistischen zu einem konsumistischen Sozialisa-

tionsparadigma zielt auf die implizite Umschichtung der Mensch-Umwelt-Interaktion und deren Rückwirkung auf die Persönlichkeitsentwicklung. Arbeiten und Konsumieren stellen unterschiedliche, in gewisser Weise entgegengesetzte Bezugsweisen zu sich selbst und zur Umwelt dar. Arbeiten ist nach außen, auf Natur und Umwelt, Konsum nach innen, auf sich selbst gerichtet. Der hier verwandte Begriff des Konsums zielt nicht in erster Linie auf Materielles, umfaßt vielmehr auch die ideelleren Formen der Aneignung von Welt.<sup>24)</sup> Konsumistische Sozialisation meint damit Erfahrungsprozesse, in denen rezeptive und reflexive Akte, vor allem solche des Lernens dominieren. Produktionistische Sozialisation meint demgegenüber Erfahrungsprozesse, wo nach außen gerichtete und sich in vorweisbaren (sichtbaren) Resultaten äußernde Handlungsakte dominieren, deren Gelingen oder Mißlingen Auswirkungen auf andere, nicht nur auf sich selbst hat. Mit der Unterschiedlichkeit der Orte beider Sozialisationstypen - produktionsistische Sozialisation findet in familialen oder betrieblichen Arbeitsprozessen, konsumistische in Schulen oder anderen Bildungsinstitutionen statt - verbinden sich auch unterschiedlich strukturierte Sozialerfahrungen und eine unterschiedliche Perspektive auf Gesellschaft und Zukunft: im ersten Fall hat die Beteiligung noch an der bescheidensten Arbeit einen konkreten (unter Umständen sogar blind konkreten!) Bezug auf andere und Weiterentwicklung von Gesellschaft<sup>25)</sup>, im zweiten Fall bleibt dieser Bezug abstrakt, damit unter Umständen perspektivisch weiter dimensioniert, aber zugleich auch offener und weniger verbindlich. Die ganze Entwicklung industrieller Gesellschaften tendiert von ihrer technischen und ökonomischen Rationalität her dahin, Sozialisation in und durch Arbeit für Jugendliche auszuschalten und durch abstrakter werdende Lernprozesse zu ersetzen. Der Prozeß erscheint mir auch irreversibel, da gerade bei den neuen Produktionstechnologien technische Voraussetzungen und Funktionsmechanismen nicht mehr im unmittelbaren Arbeitsprozeß einsichtig gemacht und gelernt werden können.

Der beschriebene Wandel ist nicht einseitig als Verlust zu beschreiben. Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise hat produktionsistische Sozialisation auch immer unter den Zwängen von Lohnarbeit und Entfremdung gestanden und oft wenig Chancen zu einer selbsttätigen

Anpassung an die Arbeitsrealität geboten. Unter diesen Bedingungen erscheint, um mit Marx zu sprechen, die Arbeit als Reich der Notwendigkeit, Freizeit und Konsum hingegen als Reich der Freiheit. Selbst wenn wir heute wissen, daß die marxsche Sichtweise ein wenig zu schlicht war und den langen Arm des Kapitals im Freizeitbereich unterschätzte - ihn haben uns die Arbeiten der Kritischen Theorie, allen voran Adornos und Marcuses vor Augen geführt -, bleiben dennoch die individuellen Dispositionsmöglichkeiten über Zeit und Kommunikation außerhalb der Erwerbsarbeit größer als in ihr. Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Ihre andere weist auf Vereinzelung und Verlust an gesellschaftlicher Integrationskraft. Mag die individuelle Verfügung über Zeit und Geld in der Sphäre des Konsums noch so groß sein, eins wird man von ihr nicht sagen können, daß sie in sich ein Gefühl gesellschaftlicher Nützlichkeit und eine Bewegung auf Vergesellschaftung freisetzen könnte, gleichgültig ob der Konsum materieller oder ideeller Art ist. Es mag noch so viele geplante Aktivitäten und Inszenierungen von gemeinsamem Lernen und gemeinsamer Freizeitgestaltung geben, insgesamt sind sie bereits kompensatorische Akte für den Verlust von arbeits- und lebensweltlich vermittelter Gesellschaftlichkeit und verkünden unwiderruflich, daß der Prozeß der Individualisierung als Vereinsamung vorangeschritten ist, da die Erfahrung der Abhängigkeit von sich selbst wächst, die feste Eingebundenheit in die Realität und damit eine wichtige Stütze für das noch labile Ich fehlt und die zeitlichen Anteile des verbindlichen Auf-andere-Bezogenseins (in Arbeit) abnehmen, die selbst noch dem entfremdeten Proletarier-Dasein eine außer seiner selbst liegende, auf Gesellschaft und ihre notwendige Veränderbarkeit verweisende Sinndimension gab. Wie der Verlust an kollektiver Identitätsbildung, der in den Sozialisationsprozeß vorgreift, wettgemacht werden kann und nicht zu existenzbedrohender Desintegration führt, ist vielleicht das entscheidende ungelöste Problem der bürgerlichen Gesellschaften.

#### 4. Die Eskalation der Widersprüche, die Entstrukturierung von Adoleszenz und die drohende Zerstörung von Subjektivität

Wenn der Wandel vom produktivistischen zum konsumistischen Sozialisationsparadigma die heutige Situation der Adoleszenten in der Tendenz richtig beschreibt, läßt sich von ihm her sowohl erklären, daß es auf relativer Breite zu Ausprägungen eines jugendtypischen Verhaltensstils kommt, als auch daß Arbeitsorientierungen und Leistungsnormen bei Jugendlichen weniger Gewicht haben und weniger stark verinnerlicht sind, als dies vielleicht noch in der ersten Nachkriegsgeneration der Fall war, bei der das Konzept Arbeit eine vorübergehende Renaissance als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus durch die Aufgabe des Wiederaufbaus erfuhr. Es läßt sich von diesem Wandel her schließlich auch die hohe Labilität von Verhaltensmoden und -stilen, selbst von politischen Einstellungen erklären.

Schulen sind traditionell wegen ihrer institutionell bedingten hohen Altershomogenität und Abgeschlossenheit Kristallisationspunkte von (Jugend-) Stilbildungen gewesen. Die besseren Möglichkeiten, die die Schule im Vergleich zum Betrieb zu altershomogener Kommunikation und zur Nutzung der schulfreien Zeit für eigene Interessen bietet, dürften die soziale Sensibilität und kommunikative Kompetenzen von Jugendlichen erhöhen, die einmal gelernten Verhaltensweisen besser stabilisieren und von daher auch über die Schulzeit noch hinauswirken. Daß es heute zunehmend zu einer inneren Kolonialisierung der Schule durch die Zwänge von Arbeit und Arbeitsmarkt kommt, die Angst, steigenden Konkurrenzdruck und Sinnverlust hervorrufen, ist freilich ernst zu nehmen und könnte den Charakter schulischer Sozialisation nachhaltig modifizieren.

Die Verlängerung eines von Arbeit freigesetzten Entfaltungsspielraums für mehr Jugendliche, verbunden mit einer generellen Entlastung des innerfamilialen Klimas von den unmittelbaren Problemen und Zwängen des Arbeitsalltags aufgrund von Arbeitszeitverkürzung, einer Lockerung familialer Autoritätsstrukturen und einer Liberalisierung des Erziehungsstils, dürfte für breite Teile von Jugendlichen den Ablösungsprozeß von den Eltern im Sinne einer offener thematisierten Auseinandersetzung begünstigen und zunächst in Richtung auf eine Stärkung von Ich-Identität wirken.

Was strukturell als Stärkung individueller Identitätsbildung im heute vorherrschenden konsumistischen Sozialisationsmodell erscheint, könnte sich unter den gegenwärtig bereits sichtbaren Entwicklungen der spätbürgerlichen Gesellschaften schnell ins Gegenteil verkehren, ja eher zur endgültigen Auflösung des klassischen bürgerlichen Adoleszenz-Modells führen als zu seiner allgemeinen Durchsetzung, da jetzt die strukturellen Widersprüche in bedrohlicher Weise eskalieren. Kehren wir damit noch einmal zur Eriksonschen Definition von Adoleszenz zurück. Die Eriksonsche Formulierung beinhaltet eine Korrespondenz von inneren und äußeren Entwicklungen, die Ausgangs- und Zielpunkt (Kindheit und Erwachsenwerden) spezifisch miteinander verknüpft, indem sie sie zunächst strukturell voneinander trennt (freies Rollen-Experimentieren). Von beiden Seiten her, der inneren Abtrennung des jugendlichen Erlebnisraums von der Erwachsenenwelt wie von der Struktur des Zieles, des Erwachsenen-Status, ist das Modell heute real wenigstens in zweifacher Weise problematisch geworden, obgleich so viele äußere Momente für seine Gültigkeit und Verallgemeinerbarkeit sprechen. Der erste Sachverhalt, die mangelhafte Trennschärfe der Erlebniswelten von Kindern und Erwachsenen, bezieht sich darauf, daß die zeitliche Erweiterung der Jugendphase mit einer allgemein wirksamen Entstrukturierung alterstypischer Erfahrungsweisen zu korrespondieren scheint. Je tiefer Medien und Konsum in die Alltagserfahrung von Kindern und Jugendlichen eindringen, desto stärker nehmen diese gleichsam als Zaungäste an Lebens- und Erfahrungsbereichen Erwachsener teil, deren Anschauung ihnen früher weitgehend entzogen war. Man muß daraus sicherlich nicht sofort auf einen generellen Verlust von Kindheit und Jugend schließen.<sup>26)</sup> Aber die auf vielfältige Weise ins Wohn- oder Kinderzimmer gelieferte Teilnahme an Erwachsenenproblemen und -intimität, die sehr früh-, ja vorzeitige Mündigerklärung von Kindern und Jugendlichen als vollwertige und heftig umworbene Konsumenten durch Markt und Werbung - sie können leicht zur Usurpation von Ansprüchen und Verhaltensweisen verleiten, die durch den inneren Entwicklungsprozeß und die eigenen materiellen Möglichkeiten in keiner Weise abgedeckt sind, und damit können sie gerade die Auseinandersetzung mit der Erwachsenenwelt unterbinden. Auch wenn diese Bedrohung durch Markt und Medien allgemein wirksam ist, hängt das Ausmaß ihrer Bewältigung stark von den kognitiven und pädagogischen Ressourcen der Kleinfamilien ab, ist die Bedrohungsintensität sozialstrukturell nicht neutral, und nichts spricht gegenwärtig dafür, daß der Typ "autonomisierter Kleinfamilie" der Mittelschicht, die

"den von außen auf sie zukommenden Imperativen des wirtschaftlichen und administrativen Handlungssystems ins Gesicht" sieht, "statt von ihnen hinterrücks mediatisiert zu werden"<sup>27)</sup>, unter dem Gesichtspunkt verfügbarer sozialisatorischer Ressourcen generalisiert werden kann. Analog zur Entstrukturierung alterstypischer Erfahrungsweisen kommt es zunehmend auch zu einer breiten Entspezifizierung von Verhaltensstilen auf der Zeitachse der Biographie. Hier triumphiert alles, was Jugendlichkeit ausstrahlt, und wird - nun in umgekehrter Richtung - von Erwachsenen usurpiert. Von der doppelten Entstrukturierung der Jugendphase wird die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der Kultur der Erwachsenen, die sich immer mehr der Greifbarkeit und dem Begriffenwerden entzieht, erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

Kulturelle Entstrukturierung der Jugendphase ist die eine Seite, die in der Dynamik expandierender Warenwirtschaften begründet liegt. Die andere Seite resultiert aus deren aktuellen und in ihrem Ende nicht absehbaren Krisen, sie bezieht sich auf die zentrale soziale Bedingung für den Erwachsenenstatus. Der Erwachsenen-Status ist nach wie vor wesentlich an das Erreichen einer festen Berufs- oder Arbeitsrolle gebunden, die sowohl materielle Unabhängigkeit als Voraussetzung der selbständigen Übernahme aller anderen Erwachsenen-Rollen gewährt als auch innere Bindung an die Gesellschaft (über Berufstätigkeit) ermöglicht. Gerade die unterstellte Stabilität dieser Berufsperspektive ist heute strukturell in Frage gestellt. An dem Erreichen einer befriedigenden Arbeit oder eines Berufs entscheidet sich auch heute noch beinahe alles im Entwicklungsprozeß von Jugendlichen. Die Erfahrungen, die sehr viele Jugendliche dabei heute in beinahe allen hochindustrialisierten Gesellschaften des Westens machen müssen, sind negativ genug, um den Glauben an die Gesellschaft und - vielleicht noch schlimmer - an sich selbst und die eigene Lebensgestaltungsfähigkeit als Erwachsene zu verlieren.

Es gibt genügend Studien, die zeigen, daß sich weltweit auf allen Ebenen von Ausbildung und Beschäftigung der Übergang von Jugendlichen aus den Bildungseinrichtungen in eine kontinuierliche Berufstätigkeit im Laufe der 70er Jahre deutlich erschwert hat und mit erhöhten Risiken, Schwierigkeiten und Friktionen verbunden ist. Die negativen Erfahrungen, die immer mehr Jugendliche mit unterschiedlichen Bildungszertifikaten und aus allen Be-



völkerungsgruppen, insbesondere aber aus den sozial schwächsten Teilen, haben machen müssen, drücken sich in Arbeitslosigkeit, ausbildungsunspezifischen und unterwertigen Tätigkeiten, Unterbeschäftigung und Nichtrealisierung von Berufswünschen aus. Die äußeren Folgen der anhaltenden Arbeitsmarktkrise kennen wir: Zeitliche Verlängerung und Labilisierung der Passage zum Erwachsenen-Status für immer mehr Jugendliche und Erhöhung der Zahl derjenigen, denen die soziale Basis dieses Status in Form von Berufsfähigkeit gänzlich verwehrt wird und die marginalisiert werden. Die inneren Folgen lassen sich heute nur erahnen, sie werden sich erst voll in der Zukunft zeigen. Sie sind auf zwei Ebenen zu analysieren: auf der Ebene der identitätsstiftenden Bedeutung von Arbeit und über die Rückwirkung der Krise auf die gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen.

Da in der Suche nach Beruf oder Beschäftigung im Anschluß an eine Ausbildung in Schule oder Hochschule die erste lebensperspektivisch gewichtige und verbindliche direkte Begegnung der Jugendlichen mit der Arbeit als gesellschaftlicher Institution stattfindet, sind die hier erlittenen Enttäuschungen in ihren Konsequenzen für die Möglichkeit, eine positive Identifikation mit der Arbeit aufzubauen, kaum zu überschätzen. Wie immer die Enttäuschung im einzelnen aussieht, ob sie in Form von Arbeitslosigkeit oder in unterwertiger bzw. ausbildungsfremder Beschäftigung erlebt wird, die Jugendlichen erfahren in ihr eine radikale Infragestellung dessen, was sie bisher geleistet haben, indem sie sich in der Schule und in der Berufsausbildung angestrengt haben, und daß heißt: sie erfahren eine weitgehende Infragestellung einer wesentlichen Sinndimension ihres bisherigen Lebens. Es ist schwer vorstellbar, daß das ohne Auswirkungen auf ihr Verhältnis zur Arbeit bleibt. Vielmehr erscheint mir die folgende Hypothese für diesen Teil der Jugendlichen plausibel: Die zunehmende Labilisierung des Obergangs von Jugendlichen aus der Schule in eine kontinuierliche Arbeit oder Berufstätigkeit erschwert zunehmend größeren Teilen von Jugendlichen die Möglichkeit, Arbeit und Beruf als geeignete Basis der Identitätsbildung zu erleben und dementsprechend im positiven Sinne lebensperspektivisch wirksame Arbeits- und Berufsorientierungen aufzubauen, die verhaltenssteuernd wirken könnten und um die es sinnvoll und lohnend erschiene, die eigenen Lebensaktivitäten zu organisieren. Dieses Problem kann sich sogar dadurch verstärken, daß man in Schule und Berufsausbildung inhaltliche Ansprüche an Arbeit zu entwickeln gelernt hat.

Die gegenwärtig im Bereich der gesellschaftlichen Arbeit zu beobachtenden Entwicklungstendenzen bieten wenig Anhaltspunkte dafür, daß sich die Probleme einer derartigen psychischen und sozialen Marginalisierung von selbst - etwa aufgrund der demographischen Entwicklung - in absehbarer Zeit entschärfen. Vielmehr steht zu erwarten, daß der Kreis der von ihnen betroffenen Jugendlichen sich ausweitet und daß es zu einer weiteren Vertiefung der sozialen Ungleichheit auch unter den abhängig Beschäftigten kommt, und zwar nicht allein in bezug auf Einkommenschancen, sondern auch in bezug auf Identifikations- und Sinnfindungs-Chancen in der Arbeit. Es hat den Anschein, als ob die neue, von der Mikroelektronik geprägte Dynamik der Rationalisierung nicht nur erhebliche arbeitssparende Effekte und Freisetzungen von Arbeitskräften hervorriefe, sondern auch auf lange Sicht eine Umgestaltung der verbleibenden Arbeitsprozesse in die Wege leiten könnte, in denen tayloristische, dequalifizierende und sinnstörende Formen von Arbeit wenig Raum hätten und in denen es wieder zur Erhöhung von inhaltlicher Komplexität und Requalifizierung von Arbeit käme.<sup>28)</sup>

Wenn unsere Analyse über die Entwicklungstendenzen betrieblicher Arbeit stimmt, dann würde das bedeuten, daß auf mittlere und lange Sicht in den Kernsektoren von Erwerbsarbeit das Konzept von Arbeit sich wandelt und verstärkt Momente individuellen Arbeitsverhaltens prämiert, die auf selbstbewußtes, fachlich kompetentes, Mitdenken erforderliches Verhalten zielen. Es könnte hier in der betrieblichen Arbeit durchaus eine Korrespondenz in der Normierung des Arbeitsverhaltens zu vorberuflich erworbenen Ansprüchen und Verhaltensdispositionen eintreten, für den privilegierten Teil der Arbeitsplatzinhaber also eine Verstärkung individualistischer Handlungsorientierungen.

Es könnte hierüber sogar eine Renaissance von Sinnstiftung durch und in Arbeit hervorgerufen werden, die deswegen eine hohe gesellschaftliche Legitimations- und Normierungskraft entfalten könnte, weil neben der Arbeit genügend Raum für Freizeit und Lebensgenuß bliebe. Bedrohlichkeit gewinnt diese für hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften durchaus nicht abwegige Perspektive, weil sich mit ihr jene Barbarei des massenhaften Ausschlusses marginalisierter Existenzen von sinnvoller Arbeit

und gesellschaftlicher Teilhabe als eine neue Gesellschaftsstruktur verbinden könnte, die wir im Ansatz bereits heute erkennen.<sup>29)</sup>

Der Rückschlag der Dauerkrise des Arbeitsmarktes auf das Bildungssystem als wichtigster Sozialisationsinstanz neben der Familie führt zur fortschreitenden Entkoppelung von Ausbildungsprozessen und Beschäftigungsperspektiven und damit zu einer schwer verarbeitbaren Paradoxie. Auf der einen Seite erhöht sich die Bedeutung eines guten Ausbildungszertifikats als Mindestvoraussetzung für die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis, auf der anderen Seite verlieren die traditionellen Zuordnungsmuster von Ausbildungsabschlüssen und Berufskarrieren zunehmend an Gültigkeit und schaffen eine hochgradig verunsicherte Lernsituation. Die Paradoxie indiziert eine neue Stufe der Eskalation in der Auflösung produktivistischer Sozialisation, da nun auch die Verbindungslinien, die innerhalb des Bildungssystems in Form einer Orientierung der Lerninhalte an Berufsfeldern bestehen, gekappt werden und ihre losen Enden, d.h. die in den Ausbildungsplänen festgehaltenen Bezüge auf Arbeit, ins Nirgendwohin verlaufen. Ob jemand das, was er in Schule oder Hochschule (selbst in einer betrieblichen Ausbildung) lernt, später in einer Berufstätigkeit auch anwenden kann, wird mehr oder weniger zum Lotteriespiel. Die gesellschaftlichen Institutionen von Bildung und Ausbildung verlieren für immer mehr Jugendliche - tendenziell für alle, da niemand weiß, welches Los er ziehen kann - ihre primäre Sinnggebung, daß Lernen einen Weg zu beruflicher und sozialer Selbständigkeit weise. Das institutionalisierte Versprechen auf "die Zeit danach", das für den einzelnen den Besuch von Schule und die Unterwerfung unter ihre Regeln mehr als zu einem durch die allgemeine Schulpflicht gesetzten Zwang macht, läßt sich, bezogen auf Arbeit und Beruf, immer weniger einlösen.<sup>30)</sup> Angesichts der tiefgreifenden ökonomischen Wachstumskrise und dem Zusammenbrechen der traditionellen Karrieremuster zwischen Bildungsabschlüssen und Beschäftigungschancen kann der Schule und Hochschule immer weniger ein über sie selbst hinausweisender Sinn abgewonnen werden, müßten die Bildungseinrichtungen, um ihrem sozialisatorischen Auftrag gerecht zu werden und nicht zu Bewahranstalten zu denaturieren, Sinn in sich selbst, das heißt in ihren internen Prozessen, und/oder in Bereichen außerhalb der Arbeit suchen. Ob dieses hinreichend möglich ist, darf bezweifelt werden. Die Disziplinschwierigkeiten in

vielen Hauptschulen, die bereits administrativ einkalkulierten Schwundquoten beim Hochschulbesuch sprechen gegen diese Möglichkeit.

Es ist die zur Absurdität zugespitzte Ironie waltender Systemlogik, daß der hauptsächliche Ausweg von Jugendlichen und ihren Eltern aus dieser paradoxen Situation neben der Resignation derjenigen, die im Bildungswettlauf auf der Strecke geblieben sind, in der Intensivierung von Lernanstrengungen besteht, also in einer Verstärkung individualistischer Handlungsperspektiven. Auch schulintern nehmen dadurch die auf Gemeinschaft und Solidarität gerichteten Momente ab. Daß dieser Ausweg mit der besten individuellen Erfolgsprognose von denen beschritten wird, deren soziale Herkunft ihnen die entsprechenden materiellen, kognitiven und emotionalen Unterstützungen bietet, um auch verlängerte, labilisierte und von Rückschlägen und Mißerfolgen begleitete (Bildungs-)Übergänge zum Erwachsensein aufzufangen, kennzeichnet eine sich wieder einspielende restaurative soziale Selektion.

Die Systemmängel der spätbürgerlichen Sozialisation in der Adoleszenz sind über diesen Ausweg nicht zu beheben, die in ihnen steckende Bedrohung für die Existenz des Ganzen nicht trickreich abzuhebeln. Denn der Ausweg führt nicht so sehr zu jenem humanistisch gebildeten Individuum humboldtscher Prägung, sondern eher zum Karrieristen, der frühzeitig gelernt hat, sich durchzusetzen, und verlernt hat, Solidarität zu üben.

##### 5. Transformation der Arbeitsgesellschaft?

Das gezeichnete Bild stimmt nicht gerade hoffnungsfroh. Deswegen stellt sich zum Schluß die Frage, ob die düstere Vision der Zerstörung von Subjektivität und Gesellschaftlichkeit Wirklichkeit werden muß oder ob sich jene produktiven Potentiale erweiterter konsumistischer Sozialisation in der Adoleszenzphase, die in erhöhter intellektueller Innovationsfähigkeit und vertiefter kommunikativer Sensibilität liegen, in Gesellschaft erhaltende und verändernde Gestaltungskräfte transformieren lassen, ob die "zweite Chance" zu nutzen ist. Auf diese Frage ist heute nur eine abstrakte Antwort im Sinne eines Richtungshinweises zu geben. Die Transformation des fortschrittlichen Potentials ist vorrangig kein Projekt neuer Erziehungs-

und Ausbildungsstrategien. Wie immer der Praxisbezug von Schulen und Hochschulen verbessert werden kann - eine Rückkehr zum produktivistischen Sozialisationsmodell erscheint ausgeschlossen. Auch ein ideologischer Programmwechsel in Gestalt der Neubesinnung auf Religiosität und alte Werte verfängt hier wenig.<sup>31)</sup> Den Kernpunkt möglicher Transformation bildet immer noch der Bereich der Arbeit. Er muß in seiner Definitionskraft für die Sozialstruktur korrigiert und entwertet werden. Dies bedeutet zum einen, die zunehmende Exklusivität von Berufs- und Beschäftigungschancen durch eine alle Gesellschaftsmitglieder einbeziehende Umverteilung von Arbeit aufzulösen. Dies bedeutet zum anderen, die Partizipation an gesellschaftlichem Reichtum, Kultur und sozialer und politischer Kommunikation nicht mehr von der Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeit abhängig zu machen. Solange die Definitionskraft der Arbeit für die Sozialstruktur ungebrochen fortbesteht, ist nicht damit zu rechnen, ihre faktische normative Kraft für die Sozialisation zu brechen und die neuen Sozialisationsfelder des Lernens, Spielens und Kommunizierens in ihrer Potentialität nutzen zu können.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. Eidgenössische Kommission für Jugendfragen, Thesen zu den Jugendunruhen, Bern 1980; Deutscher Bundestag, Bericht der Enquête-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat", Bonn 1983.
- 2) H.-J. Wirth, Die Schärfung der Sinne, Jugendprotest als persönliche und kulturelle Chance, Frankfurt (Syndikat) 1984, 237 pp; ähnlich auch J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt (Suhrkamp) 1981, 2 Bde. (hier bezogen auf Bd. 2, S. 579).
- 3) Vgl. R. Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton 1977; Ders., Sozioökonomische Werthaltungen in: C. Hoyos, W. Kroeber-Riehl u.a. (Hg.) Grundbegriffe der Wirtschaftspsychologie, Gesamtwirtschaft, Markt, Organisation, Arbeit, München 1980; Ders. Post-Materialism in an Environment of Insecurity, in: American Political Science Review 75/1981.
- 4) Auf dieses Problem gibt auch die sehr lesenswerte Untersuchung von H.J. Wirth, a.a.O., keine Antwort, was ihre Ergebnisse mehr oder weniger in Deskription versanden läßt.
- 5) Ohne eine solche Antwort würden wir sehr schnell in jenes in der bundesrepublikanischen pädagogischen Tradition schier unausrottbare Vorurteil verfallen, daß die Jugend per se Träger von Zukunft sei und das im inhaltlichen Sinn fortschrittliche Moment der Gesellschaft verkörpere. Woher soll Jugend das eigentlich leisten können, und warum sollte sie immer weiter kommen als die Elterngeneration? Wie soll sie zumal in einer Situation, in der ihr wie selten in der Geschichte Zukunft fundamental bedroht und vorenthalten wird, diese Negation gleichsam naturwüchsig ins Positive transformieren können?

- 6) Vgl. dazu W. Hornstein, Jugendprobleme, Jugendforschung und politisches Handeln, in: Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" zur Zeitschrift "Das Parlament", Bonn 1982/3.
- 7) K. Keniston, Young Radicals, New York 1968.
- 8) Vgl. T. Ziehe, Pubertät und Narzißmus, Frankfurt/Köln 1975.
- 9) S. Fußnote 3).
- 10) Vgl. F. Böltken/W. Jagodzinski, Insecure Value-Orientations in an Environment of Insecurity: Post-Materialism in the European Community, 1970 - 1980, Ms. Köln 1982; zur Kritik an Inglehart vgl. auch M. Baethge u.a., Jugend und Krise - Krise aktueller Jugendforschung, Frankfurt (Campus) 1983, S. 55 ff.
- 11) Vgl. hierzu den instruktiven Aufsatz von U. Beck, Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: R. Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983.
- 12) M. Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit, Frankfurt (Suhrkamp), 1982, S. 278.
- 13) Selbst wenn ich unter Bezug auf Erdheim und Erikson an die psychoanalytische Entwicklungstheorie anknüpfe, geht der Anspruch der folgenden Ausführungen nicht auf deren umfassendes Entwicklungskonzept von Persönlichkeit. Die innere Auseinandersetzung mit den Eltern, der Aufbau heterosexueller Beziehungen werden explizit nicht thematisiert, da dies den zur Verfügung stehenden Rahmen gesprengt hätte.
- 14) E.H. Erikson. Das Problem der Ich-Identität, in: ders.: Identität und Lebens-Zyklus, Frankfurt a.M. (Suhrkamp) 1973, S. 137 f.
- 15) Vgl. dazu M. Horkheimer, Studien über Autorität und Familie, Paris 1936.
- 16) Vgl. D. Bell, The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York (Basic Books Inc.) 1973.
- 17) Vgl. hierzu im einzelnen M. Baethge, H. Schomburg, U. Voskamp, Jugend und Krise - Krise aktueller Jugendforschung, Frankfurt (Campus) 1983. Würde man in der Bundesrepublik die Berufsausbildungsverhältnisse, die vordringlich betrieblich organisiert sind und deswegen unter Erwerbstätigkeit fallen, aus der Erwerbsquote herausrechnen, würde die Erwerbsquote der Unter-20-Jährigen noch sehr viel weiter sinken.
- 18) J. Habermas, a.a.O., S. 569.
- 19) Vgl. hierzu U. Beck, a.a.O.; Neben den Bildungsinstitutionen und den Regelungen von Arbeitsmarkt und Daseinsvorsorge zählt Beck zu den Entwicklungen, die die Individualisierung fördern, die Urbanisierung, die - wie er sagt - "künstliche" Binnendifferenzierung betrieblicher Statushierarchien und die Verringerung der Arbeitszeit. Sie alle führen dazu, daß "traditionale, subkulturelle Differenzierungen und sozial-moralische Milieus" relativiert und ausgehöhlt werden und damit die vorgängige Einbindung der Menschen in alltags- und lebensweltlich identifizierbare Klassenstrukturen an sozialer Evidenz und Bedeutung verliert." (S. 40)
- 20) Beck, a.a.O., S. 55 (Hervorhebung im Text - M.B.).
- 21) Ein sehr schönes Beispiel dafür liefert die Studie von P. Willis, Learning to Labour. How working class kids get working class jobs. Saxon House 1977.
- 22) Vgl. dazu J. Habermas, a.a.O., S. 567 ff.

- 23) Vgl. dazu M. Erdheim, a.a.O., S. 335 ff.; Erdheim zitiert zur Stützung seiner eigenen Schul-Feldforschung zustimmend F. Wellendorf ("Schulische Sozialisation und Identität", Weinheim/Basel 1973) mit seiner Analyse schulischer Rituale und Regeln: "Denn sie (die Schule - M.B.) droht das potentielle Selbständigwerden der Individuen zu verhindern, indem sie die Konstituierung einer das Ich schwächenden "Pseudoidentität" nahelegt; einer Identitätsbalance auf Kosten der Realitätsprüfung" (zitiert nach Erdheim, a.a.O., S. 351).
- 24) Erdheim weist darauf hin, daß "Lernen" und "Essen" verwandte Verhaltensweisen seien und die Sprache das auch reflektiere ("Bücher verschlingen" u.a.), a.a.O., S. 349.
- 25) Selbst wo die Arbeit in der Form extremer Entfremdung erfahren wurde und keine positive Identifikation zuließ, ermöglichte sie dennoch über ihre kollektive Negation, über ihre Veränderungsbedürftigkeit, über den Drang zur Beendigung des Leidens an ihr Sinn und Identität derer, die sich gegen etwas wehrten. Dies ging über die Familien auf die Kinder über.
- 26) N. Postman, The Disappearance of Childhood, New York (Delacorte Pr.) 1982.
- 27) J. Habermas, a.a.O., S. 568.
- 28) Vgl. zu der Entwicklung im Bereich der Industriearbeit H. Kern/ M. Schumann, Ende der Arbeitsteilung?, München 1984; für den Bereich der Dienstleistungstätigkeit M. Baethge/H. Oberbeck, Zukunft der Angestellten, Frankfurt 1985. (Im Erscheinen).
- 29) An dieser Stelle hat es wenig Sinn, von Jugendlichen als einer Einheit zu sprechen; denn die mit dem Übergang in Arbeit und Beruf heute verbundenen Selektionsprozesse treffen auf den unterschiedlichen Qualifikations- und Berufsebenen zwar sehr viele Jugendliche, mit der härtesten Wucht des Ausschlusses aus dem Erwerbsleben dann aber doch die Unterschichtskinder am stärksten. Man kann - glaube ich - zusammenfassend sagen: Die strukturellen und krisenhaften Veränderungen in unserer Gesellschaft tendieren dahin, die ohne eigenes Verschulden Schwachen in ihren Lebensgestaltungsmöglichkeiten weiter zu schwächen und die (ohne eigenes Verdienst) Starken weiter zu stärken. Dies liegt nicht allein am Arbeitsmarkt, sondern hat auch etwas mit familialen Verhältnissen zu tun, die hier wieder voll wirksam werden. Natürlich kommt auch das Bürgertum aus der Krise nicht ungeschoren heraus. Es macht aber traditionell die Stärke der Mittel- und Oberschicht aus, dank ihrer materiellen, psychischen, kognitiven und sozialen Ressourcen verlängerte labilisierte und häufig von Mißerfolgen und Frustrationen gekennzeichnete Übergänge auffangen und behutsam korrigieren zu können.
- 30) Ähnlich wie den Schulen geht es der anderen zentralen Sozialisationsinstitution der Jugendphase, dem Militär. Angesichts des atomaren Overkill, dessen Auslösung von der unbekanntten Macht des technischen Versagens immer wahrscheinlicher wird, läßt im Militärdienst Identifikation und ein auf Zukunft gerichteter Sinn etwa als erlebte Perspektive, Mutter, Vater, Geschwister, Freunde und Heimat vor Bedrohung bewahren und verteidigen zu können, sich auch nur noch um den Preis intellektueller Selbstaufgabe gewinnen.
- 31) Einen solchen Ausweg etwa schlägt D. Bell vor. Wie er nach seiner Analyse nachindustrieller Gesellschaft auf ihn verfallen kann, ist einigermaßen überraschend. Vgl. D. Bell, Cultural Contradictions of Capitalism, New York (Basic Books Inc. Publishers) 1976.

## FRAUEN AUF DEM ARBEITSMARKT - WACHSENDE RISIKEN ODER NEUE CHANCEN ? \*

Soweit sich sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren mit der Situation von Frauen im Erwerbsleben befaßt hat, hat sie vielfältige Belege für die Diskriminierung von Frauen bzw. die Existenz eines geteilten Arbeitsmarktes erbracht. Als wichtiges Ergebnis der damit provozierten Diskussion um die Ursachen und Entstehungszusammenhänge der Benachteiligung von Frauen im Beschäftigungssystem kann u.E. angesehen werden, daß nicht primär Merkmale oder Eigenschaften der Frauen (wie z.B. spezifisches Erwerbsverhalten, Berufswahlverhalten, besondere Dispositionen und Orientierungen) für die Benachteiligungen verantwortlich zu machen sind, sondern die diese "Besonderheiten" begründende gesellschaftlich konstituierte Arbeitsteilung, die Frauen nach wie vor die Reproduktionsarbeit als primären Arbeitsbereich zuweist und dadurch zugleich ihre "Verfügbarkeit" für Erwerbsarbeit einschränkt. Diese Arbeitsteilung hat dann zur Folge, daß Frauen ein "besonderes Arbeitsvermögen" (Ostner) entwickeln, welches im Beschäftigungssystem in spezifischer Weise genutzt wird.

Mit den gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen wie der Expansion des Dienstleistungssektors und zunehmendem arbeitsplatzsparenden Einsatz neuer Technologien einerseits, verändertem Erwerbsverhalten, Bildungsniveau und Berufsbewußtsein von Frauen andererseits haben sich freilich die Perspektiven verschoben. Im Mittelpunkt politischen wie wissenschaftlichen Interesses steht angesichts der Arbeitsmarktkrise nicht mehr nur die Frage des Status quo und dessen Entstehung, sondern auch die der Zukunft der Frauenarbeit. Die Einschätzungen reichen dabei von der Fortschreibung geschlechtsspezifischer Diskriminierung durch Verdrängung von Frauen aus dem Beschäftigungssystem und Umwandlung von bezahlter in unbezahlte Frauenarbeit<sup>1)</sup> bis zu Thesen, daß Frauen nicht die Opfer der Krise seien<sup>2)</sup> oder daß sich ihnen mit dem Technikeinsatz qualitativ bessere Arbeitsperspektiven bieten könnten.<sup>3)</sup>

Inwieweit die sich gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich der Angebots- und der Nachfrageseite vollziehenden Veränderungen zu einem Abbau der Frauendiskriminierung im Erwerbsleben sowohl in quantitativer als auch in

\* Von Karin Gottschall und Jürgen Müller



qualitativer Hinsicht (Qualität der Arbeitsverhältnisse) führen, ist also umstritten. Die empirische Basis der angeführten Einschätzungen ist u.E. zu schmal bzw. problematisch, als daß sich daraus ein realistisches Bild der gegenwärtigen Gesamtsituation und der Perspektiven für die Zukunft aller Frauen auf dem Arbeitsmarkt zeichnen ließe. Eine kürzlich von uns durchgeführte Untersuchung zur Arbeitsmarktsituation von Frauen kann zumindest für einen Teilbereich empirisch verlässliche Ergebnisse anbieten.

#### Arbeitsmarktchancen und -risiken von Frauen am Beispiel des Hamburger Arbeitsmarktes<sup>4)</sup>

In der 1984 in Hamburg durchgeführten Untersuchung geht es um die Bestandsaufnahme der aktuellen Arbeitsmarktlage von Frauen und um die Bestimmung von erwartbaren Arbeitsmarktproblemen. Implizit zielt die Untersuchungsfragestellung damit auch auf die Ausprägung bzw. Entwicklung geschlechtsspezifischer Trennungslinien und Diskriminierungen auf dem - in diesem Fall regional begrenzten - Arbeitsmarkt.

Anlage und Vorgehen der Untersuchung liegen die Thesen zugrunde, daß eine angemessene Bestimmung von Arbeitsmarktchancen und -risiken von Frauen nur möglich ist, wenn

- als Bezugspunkt für die Arbeitsmarktlage von Frauen die für sie im Unterschied zu Männern geltenden gesellschaftlichen Bedingungen gewählt werden:

Frauen müssen aufgrund ihrer gesellschaftlich zugewiesenen Verantwortung für die private Reproduktionsarbeit in ihrer Biographie immer wieder nach Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit suchen. Sie kommen im Unterschied zu Männern fast regelmäßig in die Situation, einen Arbeitsplatz zu wechseln, aufzugeben, bzw. sich einen neuen zu suchen. Die Bedingungen und Möglichkeiten der Reduzierung von Erwerbsarbeit und des Wiedereintritts in das Erwerbsleben sind daher von zentraler Bedeutung für die Bestimmung ihrer Arbeitsmarktchancen. (5)

- Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht als homogene, sondern hinsichtlich Lebenslage (mit/ohne Partner, mit/ohne versorgungsbedürftige Kinder) und Qualifikation bzw. Erwerbsarbeitserfahrungen heterogene Gruppe betrachtet werden. Dabei ist die Heterogenität hinsichtlich der Qualifikation genauer zu bestimmen als durch die traditionelle Unterscheidung Arbeiterin/Angestellte:

Für die hamburg-spezifischen Qualifikations- und Beschäftigungsstrukturen lassen sich drei Gruppen von Frauen mit qualitativ unterschiedlichen Voraussetzungen in bezug auf die Transferierbarkeit und Verwertbarkeit ihrer Qualifikation auf dem regionalen Arbeitsmarkt unterscheiden. (6)

- (1) Frauen mit qualifizierter kaufmännischer, sozial-pflegerischer/gesundheitsdienstlicher Ausbildung und Berufspraxis. (7) Sie umfassen ca. 30 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen in Hamburg.
- (2) Frauen mit einfacher büro- oder verkaufsbezogener Qualifikation/Erwerbsarbeitspraxis (8); sie stellen ebenfalls ca. 30 % aller weiblichen Erwerbstätigen.
- (3) Frauen ohne berufliche Ausbildung oder mit einer Ausbildung/Erwerbsarbeitspraxis, die traditionell nur Verwertungsmöglichkeiten im Bereich der Jede-Frau-Tätigkeiten eröffnet; diese Gruppe (Friseurinnen, ungelernte Arbeiterinnen) umfaßt ca. 25 % aller erwerbstätigen Frauen in Hamburg.

Um eine angemessene gruppenspezifische Bestandsaufnahme und abgesicherte Aussagen über die Entwicklung zukünftig erwartbarer Arbeitsmarktchancen und -risiken machen zu können, sind in die Untersuchung neben der Analyse der amtlichen Statistik auch Ergebnisse qualitativ ausgerichteter Studien eingegangen.<sup>9)</sup> Bei der Betrachtung der Beschäftigtenentwicklung wird als Ebene der Disaggregation die Branchenebene gewählt, da hier - im Gegensatz zur rein sektoralen Betrachtung - annähernd einheitliche Bedingungen für Veränderungen in Umfang und Struktur der Beschäftigungsverhältnisse ausgemacht werden können.

Gerade der für die Frauenbeschäftigung bedeutsame Dienstleistungssektor, dem bisher zum Teil recht unkritisch eine Kompensationsfunktion für Arbeitsplatzverluste im Verarbeitenden Gewerbe zugeschrieben wird, fordert eine differenzierte Untersuchung heraus. (10) Die hier in den verschiedenen Branchen in der Vergangenheit expandierten und zum Teil gegenwärtig noch neu entstehenden Frauenarbeitsplätze sind in Qualität und Entwicklungsperspektiven so heterogen, daß sie sich einer einheitlichen Betrachtung sperren.

Auch bei der Festlegung des Untersuchungszeitraums muß der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik von industriellem und Dienstleistungssektor Rechnung getragen werden: der tertiäre Bereich ist genauer in seiner jüngsten Entwicklung im Vergleich zu den 70er Jahren zu betrachten, um Anhaltspunkte für stagnative Tendenzen zu gewinnen. (11)

Im folgenden werden die wesentlichen Veränderungen in den Beschäftigungsbedingungen für die drei o.g. nach Qualifikationstypus differierenden Gruppen von Frauen dargestellt. Die Folgen dieser Veränderungen für die Arbeitsmarktsituation der Frauen lassen unterschiedliche Problemkonstellationen je nach Qualifikation und Lebenslage erkennen.

1. Frauen mit qualifizierter Berufspraxis im kaufmännisch-verwaltenden und gesundheitsdienstlich/pflegerischen Bereich:

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im Bereich qualifizierter kaufmännischer Tätigkeiten sind trotz recht unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen in den einzelnen Branchen bis in die jüngste Zeit insgesamt günstig gewesen: selbst in Branchen mit insgesamt rückläufiger Beschäftigung - insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel - hat sich die Zahl der qualifizierten weiblichen Angestellten nicht oder kaum verringert. In anderen Branchen, insbesondere im Bereich privater und öffentlicher Dienstleistungen haben bei stagnierenden oder steigenden Zahlen weiblicher Angestellter die qualifizierten unter ihnen von dieser Entwicklung stärker profitiert, als es die Zahlen für die Angestellten insgesamt ausweisen. Mit der Expansion und Streuung der regionalen Nachfrage nach qualifizierten kaufmännischen Arbeitskräften waren bis in die jüngste Vergangenheit für Frauen mit entsprechender Qualifikation auch vergleichsweise günstige Chancen zur Rückkehr nach Unterbrechung und zum Übergang auf Teilzeitarbeit verbunden.<sup>12)</sup> Diese für Frauen bisher relativ günstige Arbeitsmarktsituation kann jedoch nicht ohne weiteres in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Zum einen ist auch in den qualifizierten kaufmännischen Tätigkeitsfeldern des tertiären Sektors, der bisher in Hamburg noch expandierte, mittel- und langfristig mit einer stagnierenden oder sogar sinkenden Personalnachfrage zu rechnen; dies gilt insbesondere für Banken und Versicherungen, die öffentliche Verwaltung und Sozialversicherungen, die in der Vergangenheit

ihren Bedarf an Fachpersonal durch Personalausweitungen (und auch Ausweitungen der betrieblichen Ausbildung) gedeckt haben und steigendes Geschäfts- bzw. Aufgabenvolumen zunehmend durch Rationalisierung, insbesondere den Einsatz von EDV, zu bewältigen suchen.

Zum anderen deuten sich neben den rein quantitativen Beschränkungen der Beschäftigungsmöglichkeiten (die ja zunächst auch für männliche Angestellte gelten) für weibliche kaufmännische Angestellte besondere Restriktionen im Zugang zu und zum Teil auch Verbleib in qualifizierten Tätigkeitsfeldern an; Gründe sind veränderte betriebliche Personaleinsatz- und Rekrutierungsstrategien einerseits, veränderte Arbeitsanforderungen durch EDV-Einsatz und Reorganisation andererseits. Anhaltspunkte ergeben sich aus folgenden, durch betriebliche Fallstudien<sup>13)</sup> belegten Entwicklungen:

- In einigen Fällen werden natürliche Fluktuation und innerbetriebliche Reorganisationsmaßnahmen (in der Regel im Zusammenhang mit EDV-Einsatz) verstärkt zur geschlechtsspezifischen Besetzung der verschiedenen betrieblichen Einsatzfelder genutzt. Damit werden in der Tendenz qualifizierte weibliche Angestellte zugleich von Aufstiegs- und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten und besonders belastenden Arbeitsbedingungen (Konzentration der Bildschirmarbeit und eher routinisierten Tätigkeiten in den Fraueneinsatzfeldern) ausgesetzt.
- Bei Banken ist eine Tendenz zur zunehmenden Formalisierung der Zugangsvoraussetzungen für bestimmte qualifizierte Positionen zu beobachten; notwendig für das Beschreiten bestimmter Aufstiegswege ist eine Zusatzqualifikation (Fachwirt), deren Erwerb an die Teilnahme an längerfristigen, zum Teil externen Fortbildungsveranstaltungen gebunden ist. Diese Bedingungen werden indirekt bzw. faktisch zu einer Sperre für weibliche Angestellte, da gerade bei den jüngeren unter ihnen die Notwendigkeit zur Entscheidung über die berufliche Entwicklung häufig mit der Phase der Familiengründung zusammenfällt.
- Weiterhin hat sich in den vergangenen Jahren in allen großen Industrieverwaltungen und Dienstleistungsunternehmen durch gezielte Ausweitung der eigenen Aus- und Weiterbildung eine Abschottung vom externen Arbeitsmarkt vollzogen. Insbesondere der Ersatz- oder Zusatzbedarf an kaufmännischem Fachpersonal wird fast ausschließlich über eigene Auszubildende gedeckt, so daß Quereinstiege vom externen Arbeitsmarkt, auf die ja insbesondere Frauen nach Unterbrechung der Erwerbstätigkeit angewiesen sind, im Unterschied zu den 70er Jahren als Rekrutierungsform erheblich an Bedeutung verloren haben.
- Schließlich gibt es in einzelnen Fällen auch Hinweise auf eine besondere Diskriminierung von Frauen beim Zugang zur Ausbildung. So haben beispielsweise einige Versicherungsbetriebe Quotierungen zu Lasten weiblicher Bewerber eingeführt, um über eine höhere Zahl qualifizierter männlicher Nachwuchskräfte zu verfügen. (14)

Auch im gesundheitsdienstlich-pflegerischen Bereich, einem der wenigen, traditionell qualifizierten Frauenberufsbereiche, deuten sich Veränderungen in Umfang und Struktur der Arbeitskräftenachfrage an. So ist davon auszugehen, daß sich die Expansion der öffentlichen Kranken- und Sozialpflegeeinrichtungen, die ja bisher mit einer Ausweitung von Planstellen gerade für das Pflege- und technisch-medizinische Personal verbunden war, in den nächsten Jahren - aufgrund finanzieller Restriktionen - nicht weiter fortsetzen wird; schon Anfang der 80er Jahre blieben die Personalausweitungen hinter den Steigerungsraten der 70er Jahre deutlich zurück. Weiterhin zeichnen sich in der Krankenpflege mit zunehmender Spezialisierung der Pflegefunktion und technischer Durchdringung der Behandlungsprozesse (beispielsweise auf Intensivstationen) Veränderungen in den beruflichen Anforderungen ab.<sup>15)</sup>

Der Erwerb von Spezialqualifikationen ebenso wie beruflicher Aufstieg sind heute anders als früher, weniger an alltägliche berufliche Erfahrung als an die erfolgreiche Teilnahme an Fortbildungsseminaren gebunden. Mit der Spezialisierung der Pflegefunktion und deren stärkerer Ausrichtung am jeweils aktuellen Stand technisch-medizinischer Diagnose und Therapie insbesondere in den großklinischen Einrichtungen wird weiterhin der Erhalt einmal erworbener Qualifikation zunehmend von kontinuierlicher Arbeitspraxis und Lernbereitschaft abhängig.

Parallel zu diesen Veränderungen im beruflichen Zuschnitt der qualifizierten Krankenpflege gibt es in einigen Städten - in Hamburg freilich bisher noch nicht - Anzeichen für ein verstärktes Interesse von Männern an der Ausbildung in der Krankenpflege.

## 2. Frauen mit einfacher bürobezogener oder verkaufsbezogener Qualifikation:

Für die große Gruppe der Frauen mit einfacher bürobezogener Qualifikation hat es in Hamburg in der Vergangenheit umfangreiche und hinsichtlich der Möglichkeit von Unterbrechung und Reduzierung der Erwerbsarbeit relativ günstige Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben, da

- sich die Nachfrage nach Bürohilfs- und Schreibkräften in den 60er und 70er Jahren enorm ausgedehnt hat und auch Rationalisierungseffekte in Textverarbeitung und Datenerfassung zunächst durch Geschäftsausweitungen

innerhalb der Branchen oder aber Expansion einzelner Wirtschaftszweige des Tertiärsektors in ihrer Beschäftigungswirkung kompensiert werden konnten;

- sozial abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze verbreitet waren und auch für das nicht fachlich ausgebildete Personal (zum Teil berufsfremde Wechslerinnen) innerbetriebliche Qualifizierungsmöglichkeiten bestanden haben.

Bereits seit Anfang der 80er Jahre wird jedoch deutlich, daß der Personalbedarf bei den einfachen Büro- und Verwaltungstätigkeiten in fast allen Branchen aufgrund von forciertem EDV-Einsatz und organisatorischer Rationalisierung sinkt. Der in betrieblichen Fallstudien eindrucksvoll nachgewiesene Rückgang beim Schreib- und Bürohilfskräftepersonal drückt sich bisher in der Beschäftigtenstatistik nur zum Teil<sup>16)</sup>, in der Struktur der arbeitslosen weiblichen Angestellten jedoch schon deutlich aus. Weiterhin kommt es insbesondere in großen Verwaltungen im Zuge technisch-organisatorischer Veränderungen im Bereich der routinisierten Sachbearbeitung zu Veränderungen in den Arbeitsanforderungen (zum Teil erhöhte fachspezifische Kenntnisanforderungen, erhöhte Anforderungen an Flexibilität und Lernbereitschaft aber auch an Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit aufgrund von Leistungsintensivierung und ausschließlicher Bindung der Tätigkeit an den Bildschirm), die nur ein Teil der ehemaligen Bürohilfskräfte bewältigen kann.

Unter der typischerweise hinsichtlich des Alters und der Lebenslage heterogenen Gruppe der weiblichen Büroangestellten kommt es damit in der Tendenz zu einer Personalselektion zu Lasten älterer Frauen und Frauen mit besonderen familiären Belastungen (häufig von Müttern kleiner Kinder). Gleichzeitig zeichnen sich Veränderungen in der betrieblichen Personalpolitik ab, die eben fast ausschließlich auf die Rekrutierung von jungem, fachlich qualifiziertem und bevorzugt männlichem Personal zielen und damit diesen Frauen eine Rückkehr in ihre traditionellen Einsatzbereiche erheblich erschweren, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und damit die Chancen langfristiger beruflicher Absicherung reduzieren.

Die Situation der Frauen mit einfacher verkaufsbezogener Qualifikation stellt sich aufgrund der wirtschaftlichen Situation des (Hamburger) Einzelhandels bereits seit Jahren negativ dar. So sind in den 70er Jahren Vollzeitarbeitsplätze zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen abgebaut<sup>17)</sup> worden; in jüngster Zeit ist erstmals nicht nur die Vollzeit-, sondern auch die Teilzeitbeschäftigung rückläufig. Neben generellen Schrumpfungsprozessen im Einzelhandel

spielen für die negative Beschäftigtenentwicklung auch die seit einigen Jahren in großen Einzelhandelsbetrieben zum Einsatz gelangenden EDV-Systeme (automatisch lesende Kassen und Warenwirtschaftssysteme) eine Rolle. Sie führen u.a. zu einer Verbesserung der Personaleinsatzsteuerung im Verkaufsbereich und ermöglichen so Personaleinsparungen beim Kassieren (Verbrauchermärkte) und Verkaufen (Warenhäuser). Gleichzeitig kommt es zu Leistungsintensivierungen, die direkt oder indirekt Personalselektierung nach sich ziehen. Die Personaleinsparungen werden nicht nur durch Nutzen der sogenannten natürlichen Fluktuation, sondern gerade auch durch Flexibilisierung der Arbeitszeit beim Voll- und Teilzeitpersonal realisiert: Vollzeitarbeitsplätze werden in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt, die Stundenzahlen bei Teilzeitarbeit reduziert, der Arbeitseinsatz wird für bestimmte Beschäftigtengruppen am Bedarf ausgerichtet.

Damit werden zunehmend die traditionell vglw. abgesicherten Formen der Teilzeitarbeit (Festlegung von Lage und Dauer der Arbeitszeit, Arbeit oberhalb der Sozialversicherungspflichtgrenzen, Teilhabe an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen) wie sie bisher insbesondere bei Warenhäusern und dem großen Facheinzelhandel üblich waren, in Frage gestellt. Weiterhin kommt es auch im Einzelhandel zu verstärkter Rekrutierung von Männern schon für die Ausbildung auf Verkäuferebene sowie zur Formalisierung der Aufstiegsvoraussetzungen.

### 3. Frauen ohne berufliche Ausbildung bzw. mit Qualifikationen, die traditionell nur geringe Verwertungsmöglichkeiten eröffnen:

Die Arbeitsmarktlage dieser Gruppe ist aufgrund des umfangreichen Arbeitsplatzabbaus im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel bereits seit Ende der 70er Jahre prekär; die Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernte Arbeiterinnen und andere Frauen, die auf Arbeit im Bereich der Jede-Frau-Tätigkeit verwiesen sind<sup>18)</sup>, haben sich in jüngster Zeit durch forcierten Arbeitsplatzabbau auch im Dienstleistungssektor (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung) weiter verringert. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar:

- die Arbeitsplätze von Industriearbeiterinnen sind auch weiterhin durch neue Produktions- und Personaleinsatzkonzepte<sup>19)</sup> sowie zum Teil durch Betriebsverlagerungen oder -schließungen bedroht.

So fallen in den traditionellen Fraueneinsatzfeldern in der Produktion durch zunehmende Anwendung elektromechanischer und mikroelektronischer Steuerungssysteme (Bestückungsautomaten, Automatisierung der Teilezuführung, elektronisch gesteuerte Abfüll- und Abpackvorrichtungen) bisher bestehende Mechanisierungssperren und damit auch Frauenarbeitsplätze weg. Gleichzeitig ergeben sich an den (wenigen) verbleibenden Arbeitsplätzen neue Anforderungsstrukturen und veränderte betriebliche Personaleinsatzkonzepte, die eine Präferenz für jüngere, qualifizierte, weiterbildungsbereite, hochbelastbare Beschäftigtengruppen mit stabilen Erwerbsarbeitsverläufen beinhalten. Verliererinnen in dieser Konkurrenz, die sich überwiegend unter Frauen abspielt, sind insbesondere die ungelernen Frauen.

- Die Arbeitsplätze von Arbeiterinnen im Handel werden durch Strukturveränderungen in der Folge eines Verdrängungswettbewerbs zu Ungunsten des Facheinzelhandels reduziert;
- die Arbeitsplätze von Dienstleistungs-Arbeiterinnen (Köchinnen, Reinigungsberufe) sind in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und beim Staat (Einsparungen bei öffentlichen Haushalten) durch Privatisierung, d.h. Vergabe dieser Tätigkeiten an externe Unternehmen sowie durch technische Rationalisierung (z.B. bei der Post) gefährdet. Damit kommt es gleichzeitig in einzelnen Bereichen wie z.B. dem Reinigungsgewerbe zu einer Ausweitung statistisch nicht erfaßter, ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse. Die damit einhergehenden sozialstrukturellen Veränderungen sind gravierend:

Arbeiterinnen, die bisher relativ abgesichert im öffentlichen Dienst oder privaten Verwaltungen als festangestellte Reinigungskräfte tätig waren, können nunmehr nur noch stundenweise Beschäftigung bzw. Arbeit auf Abruf bei privaten Reinigungsfirmen finden. Die Mehrzahl dieser Frauen ist jedoch auf eine den Lebensunterhalt sichernde Erwerbsarbeit angewiesen, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, die gerade im Reinigungsgewerbe zusätzlich mit erheblicher Leistungsintensivierung einhergehen, sind für sie keine Alternative. Dies drückt sich u.a. darin aus, daß die registrierten Arbeitslosen in den Reinigungsberufen in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten unter allen Jede-Frau-Tätigkeiten aufweisen, obwohl in diesem Bereich die (Teilzeit-)Beschäftigungsverhältnisse noch expandieren.



Ausblick: mehr Risiken als Chancen für die Frauen

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, daß sich die Arbeitsmarktrisiken für Frauen je nach Qualifikations/Erwerbsarbeitstypus unterschiedlich darstellen. Eine genaue Betrachtung der bisherigen Arbeitsmarktentwicklung bringt jedoch für keine der o.g. Gruppen hinreichende Anhaltspunkte für eine positive oder gar "Gewinnerinnen"-Perspektive.

Vielmehr zeichnet sich insbesondere im Bereich qualifizierter kaufmännisch-verwaltender Tätigkeiten vor dem Hintergrund stagnierender Arbeitsplatzentwicklung vermittelt über neue betriebliche Personalpolitiken eine verstärkte Konkurrenz zwischen Männern und Frauen ab. Diese Entwicklung wiegt um so schwerer, als es sich hier um ein qualifiziertes Tätigkeitsfeld handelt, in das Frauen überhaupt erst in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt Eingang gefunden haben und wofür gegenwärtig ein ständig steigender Anteil Frauen qualifiziert ist. Neben verstärkter Konkurrenz sind weibliche Angestellte hier mit Beschränkungen in den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und der Notwendigkeit des Ausweichens auf die weniger qualifizierten Einsatzbereiche konfrontiert. Diese "Ausweichprozesse" nach unten führen in den traditionellen reinen Fraueneinsatzfeldern Büro und Verkauf, die ohnehin durch Rationalisierung erheblich schrumpfen, zu Verdrängungsprozessen unter den Frauen. Verliererinnen in dieser Konkurrenz sind Frauen, die aufgrund familiärer Belastungen, fehlender fachlicher Qualifikation oder aber ihres Alters nicht so belastbar, flexibel, lern- und leistungsfähig sind wie andere (meist jüngere) Frauen. Für sie bleibt nur der Bereich der Jede-Frau-Tätigkeiten, der jedoch bereits seit Jahren schrumpft. Die ständig wachsende Gruppe der hier freigesetzten Frauen mit gering verwertbarer oder aber ohne berufliche Qualifikation ist schon seit Jahren offensichtlich Opfer des Arbeitsmarktes. Für sie, wie für viele andere Frauen auch, deren einmal erworbene Qualifikation sich gegenwärtig als nicht mehr verwertbar erweist, gilt ein doppeltes Handicap: die im Dienstleistungssektor noch vorhandenen, zum Teil ja sogar expandierenden Jede-Frau-Tätigkeiten (z.B. Reinigungsgewerbe) bieten häufig nur noch Zuverdienst, keineswegs jedoch einen ausreichenden Lebensunterhalt, auf den eine ständig steigende Zahl von Frauen angewiesen ist, und ein Wechsel in die quantitativ bedeutsamen kaufmännisch-verwaltenden Bereiche ist aufgrund der hier vorherrschenden Formen der Personalselektion und -rekrutierung kaum mehr möglich. Die geschilderten Verdrängungs-

mechanismen gelten auch beim Zugang zur Ausbildung, hier zu Lasten der jungen Frauen mit den jeweils geringerwertigen Schulabschlüssen. Der Kreis schließt sich, wenn man sich vor Augen führt, daß gegenwärtig u.a. arbeitslose Lehrer und Lehrerinnen in qualifizierte kaufmännische Tätigkeitsfelder drängen, männliche und weibliche Abiturienten zunehmend Ausbildungen im sozialpflegerischen und kaufmännischen Bereich nachfragen.

Offensichtlich sind neben der Qualifikation Unterschiede in der "Verfügbarkeit" und damit in der Lebenslage der Frauen entscheidend für ihre Arbeitsmarktchancen und -risiken. Besonders problematisch ist gegenwärtig die Arbeitsmarktsituation all jener Frauen, die keine Beschäftigung haben, das heißt, die neu oder wieder auf dem Arbeitsmarkt auftreten.<sup>20)</sup> Vor dem Hintergrund einer Arbeitsmarktlage, die den Betrieben inner- wie außerbetrieblich eine zielgerichtete selektive Personalrekrutierung erlaubt, gelingt immer nur einem Teil der Frauen der Wiedereintritt in Beschäftigung. Entsprechend kumulieren die Arbeitsmarktrisiken bei denjenigen Frauen, die nicht über einschlägige fachliche Qualifikationen verfügen und sich nicht in einer Lebenssituation befinden, in der sie - beispielsweise wegen zu versorgender Kinder - hochbelastbar oder aber besonders flexibel (hinsichtlich der Arbeitszeit, der Bezahlung) sind. Die perspektivlose Situation dieser Frauen schlägt sich nicht nur in zunehmender Dauerarbeitslosigkeit, sondern auch sozialer Ausgrenzung, nämlich: Abdrängen in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Abhängigkeit von Sozialhilfe, nieder.<sup>21)</sup>

Die ganze Tragweite der Arbeitsmarktprobleme von Frauen wird deutlich, wenn man neben den skizzierten Veränderungen auf der Nachfrageseite die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots betrachtet: zum einen wird aufgrund der demographischen Entwicklung auch in den nächsten Jahren noch die Zahl junger Frauen, die Ausbildung und Beschäftigung nachfragen, steigen. Weiterhin ist - selbst wenn man ein mittelfristig stagnierendes Frauenerwerbspotential unterstellt - auch zukünftig mit einem gleichbleibend hohen, wenn nicht steigendem Anteil von Frauen (alleinstehenden und verheirateten) zu rechnen, die auf eine eigenständige Absicherung ihres Lebensunterhalts bzw. Aufbringen des Familieneinkommens durch Erwerbsarbeit angewiesen sind.

Von besseren Arbeitsmarktchancen für Frauen kann angesichts der aufgezeigten Entwicklungstendenzen gerade im Dienstleistungssektor - schon gegenwärtig stagnierende Beschäftigungsmöglichkeiten und teilweise Verschlechterungen in der

Qualität der Arbeitsverhältnisse, ohne daß sich Alternativen für Frauen im Bereich bezahlter Arbeit<sup>22)</sup> auftun - also keine Rede sein.

Der von Friedmann/Pfau in bezug auf die Frauenbeschäftigung vertretenen These von der Kompensationsfunktion des Dienstleistungssektors kann hier also nicht gefolgt werden.

Die einigermaßen überraschenden Ergebnisse ihrer Untersuchung erklären sich u.E. wesentlich aus einem verkürzten methodischen Zugriff auf die statistischen Daten der Makroebene: Der globale Vergleich der Beschäftigtenentwicklung im industriellen und Dienstleistungssektor und die gewählte grobe Periodisierung verkennen die unterschiedliche Entwicklungsdynamik der einzelnen Branchen des tertiären Bereichs; stagnative Tendenzen, wie sie sich in der jüngsten Zeit auch in den Beschäftigtenzahlen niederschlagen, werden nicht erkannt. Schließlich bleibt eine rein quantitative Betrachtung der Entwicklung der Beschäftigung blind gegenüber der Qualität der neu entstehenden Arbeitsplätze und führt so zu falschen Schlußfolgerungen in bezug auf die Arbeitsmarktrisiken der Frauen: So sind beispielsweise die von Friedmann/Pfau angeführten Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor in jüngster Zeit im wesentlichen auf die Bereiche Gaststätten- und Reinigungsgewerbe sowie Friseurhandwerk zurückzuführen, wo in hohem Maß unsichere Frauenarbeitsplätze entstehen. Die bloße Saldierung von Beschäftigungsgewinnen in einem Bereich gegen Beschäftigungsverluste im anderen Bereich legt schließlich die Schlußfolgerung nahe, dieselben Beschäftigtengruppen, die im Verarbeitenden Gewerbe freigesetzt wurden, hätten im Dienstleistungssektor wieder Arbeitsplätze gefunden: Selektive Personalrekrutierungsprozesse und unterschiedliche Arbeitsmarktrisiken von Frauen, die gegenwärtig die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt bestimmen, geraten damit aus dem Blickfeld.

Auch die an den zunehmenden Technikeinsatz geknüpften Hypothesen qualitativ besserer Arbeitsperspektiven bishin zur Infragestellung traditioneller geschlechtsspezifischer Trennungslinien können mit den o.g. Ergebnissen nicht belegt werden.

Dort, wo Fraueneinsatzfelder massiv vom Technikeinsatz betroffen waren (z.B. Montage und Verpackungstätigkeiten in der Industrie, Schreib- und Datenerfassungstätigkeiten in Büro und Verwaltung), sind in großem Umfang (allerdings wesentlich restriktiv definierte) Arbeitsplätze eingespart worden; an den verbleibenden Arbeitsplätzen haben sich die Arbeitsbedingungen zum Teil verschlechtert, zum Teil ambivalent entwickelt (Höherqualifizierung bei gleichzeitiger Leistungsintensivierung und Belastungssteigerung). Nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wie Abbau geschlechtsspezifischer Hierarchien und Anreicherung der Arbeitsinhalte, wie sie beispielsweise Karl/Ohm als Perspektive für die automatisierte Textverarbeitung diskutieren, haben sich in der Realität jedenfalls breitflächig bisher nicht durchgesetzt bzw. werden von anderen Entwicklungen (wie z.B. Leistungsintensivierung, mangelnde Qualifizierung der Arbeitskräfte, Auflösung traditioneller Kommunikationsstrukturen) teilweise überlagert.

Dort, wo der Technikeinsatz zu einem Abbau der Zutrittschancen für Frauen hätte führen können (beispielsweise in der Industrie), haben sich bisher die realen Beschäftigungsmöglichkeiten nicht verbessert. Dies dürfte wesentlich mit den von uns o.g. im Produktions- wie Dienstleistungssektor veränderten Prämissen der Personalrekrutierung zusammenhängen. Umgekehrt zeigt sich, daß qualifizierte traditionelle Fraueneinsatzbereiche wie die Krankenpflege in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation für Männer attraktiv werden und dies um so mehr, als die Arbeitsvollzüge zunehmend vom Technikeinsatz und nicht mehr ausschließlich von der unmittelbar patientenbezogenen Pfllegetätigkeit geprägt werden.

Die in den frauentypischen und auch gemischten Beschäftigungsbereichen in der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage nachvollziehbaren Konkurrenz- und Verdrängungsprozesse lassen vielmehr darauf schließen, daß vor dem Hintergrund bestehender geschlechtsspezifischer Trennungslinien und damit verbundener Diskriminierungen auch der Technikeinsatz, der im übrigen ja jeweils der Logik der Rationalisierung folgt, nicht ohne weiteres zu einer nachhaltigen Neuverteilung der geschlechtsspezifischen Chancen auf dem Arbeitsmarkt bzw. im Beschäftigungssystem führt.

Gerade deshalb ist es notwendig, die sich gegenwärtig mit dem Technikeinsatz (durch diesen jedoch keineswegs bis in die Struktur der Arbeitsverhältnisse determinierten) vollziehenden Umstrukturierungen in der Erwerbsarbeit auf ihre Chancen und Potentialitäten für eine nicht-diskriminierende Teilhabe der Frauen zu überprüfen und den Veränderungsprozeß nicht als naturwüchsig sondern politisch gestaltbar zu begreifen.<sup>23)</sup>

Anhaltspunkte ergeben sich zum einen aus den mit dem Technikeinsatz einhergehenden neuen betrieblichen Arbeitspolitiken: Personaleinsatzkonzepte und arbeitsorganisatorische Lösungen in Produktion<sup>24)</sup> und Verwaltung setzen für die verbleibenden Arbeitsplätze anders als früher auf fachlich qualifizierte, flexibel einsetzbare, lernfähige Arbeitskräfte. Zum anderen verfügt eine ständig steigende Zahl von Frauen über vergleichsweise hohe schulische und berufsfachliche Qualifikationen und haben Frauen gerade in dem gemischten kaufmännisch-verwaltenden Bereich in der Vergangenheit Flexibilität und berufliche Entwicklungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Schließlich zeigt auch die gegen die Krise aufrecht erhaltene Präsenz von Frauen unterschiedlicher Qualifikation und Lebenslage auf dem Arbeitsmarkt ihr Interesse an einer Teilhabe am Erwerbsbereich und ihren Anspruch auf eine lebensgeschichtliche Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche Beruf und Familie.<sup>25)</sup>

### Anmerkungen

- 1) Stellvertretend für die zahlreichen skeptischen Einschätzungen Carola Möller: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse - verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 9/10, Köln 1984. Marianne Weg: Das Patriarchat verteilt die Arbeit um, in: Karin Roth u.a.: Träumen verboten, Hamburg 1984.
- 2) Vgl. Petra Friedmann, Birgit Pfau: Frauenarbeit in der Krise - Frauenarbeit trotz Krise? Korrekturversuch an einem arbeitsmarkttheoretischen Allgemeinplatz, in: Leviathan 2/1985.
- 3) Helga K r l, Christoph Ohm: Textautomation: Männersache? Frauensache?, in: Das Argument 135, 24. Jg., Okt. 1983; Frigga Haug: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik - Das Beispiel setzen, ebenda.
- 4) Vgl. Karin Gottschall, Jürgen Müller: Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg. Untersuchung im Auftrag der Leitstelle Gleichstellung der Frau beim Hamburger Senat, Forschungsbericht, Göttingen - Hamburg 1984. U.E. sind die an diesem regional begrenzten Arbeitsmarkt gewonnenen Erkenntnisse durchaus zur Verallgemeinerung geeignet, da die Struktur des Hamburger Arbeitsmarktes von der Angebots- und Nachfrageseite her als eine Art Vorreiter für bundesweite Entwicklungen der Frauenerwerbsarbeit angesehen werden kann. Alle Trends, die die Frauenerwerbsarbeit in den letzten Jahren bundesweit geprägt haben, nämlich steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern, absolut und relativ steigende Anteile allein-stehender und berufsfachlich qualifizierter Frauen - sind in Hamburg als einem großstädtischen Ballungsraum und Dienstleistungszentrum besonders stark ausgeprägt. Umfang und Struktur des Dienstleistungssektors haben hier schon seit Jahrzehnten für Frauen unterschiedlicher Qualifikation und Lebenslage quantitativ und qualitativ vergleichsweise günstige Erwerbsarbeitsmöglichkeiten/Rückkehrmöglichkeiten, Möglichkeiten zu Betriebs-Tätigkeits-Arbeitszeitwechsel geboten.
- 5) Ein unvermittelter Vergleich einzelner Aspekte der Arbeitsmarktsituation von Frauen mit der von Männern, der weder der Existenz eines geteilten Arbeitsmarktes noch dem unterschiedlichen Erwerbsverhalten der Geschlechter Rechnung trägt, kann u.E. nur ein schiefes Bild ergeben: So kommen beispielsweise Friedmann/Pfau (1985) bei einem Vergleich des Entlaßrisikos von Männern und Frauen zu dem Ergebnis, daß hier keine gravierenden Unterschiede vorliegen; da sie das Entlaßrisiko als einen geeigneten Indikator für die Bestimmung von Arbeitsmarktrisiken in der Krise ansehen, schlußfolgern sie, das Arbeitsplatzrisiko von Frauen sei nicht höher als das der Männer. Für die Bestimmung der Arbeitsmarktlage von Frauen ist jedoch nicht nur das Risiko arbeitslos zu werden, sondern gerade das Risiko arbeitslos zu bleiben von Bedeutung. Den Autorinnen ist jedoch insoweit zuzustimmen, daß die Gründe für die höhere Frauenarbeitslosigkeit nicht einfach in einer strukturell höheren Krisenanfälligkeit aller Frauenarbeitsplätze und damit deren überproportionalem Abbau liegen; vielmehr spielen bei den Frauen anders als bei den Männern Veränderungen im Umfang des Arbeitskräfteangebots eine Rolle. - Weiterhin beinhaltet die unmittelbare Vergleichsperspektive immer auch die Gefahr, Arbeitsmarktverhalten und -situation der Frauen am Erwerbsarbeitstypus der Männer zu messen, so daß es dann als defizitär erscheinen muß. Vgl.

- dazu auch Ursula Müller: Arbeits- und industriesoziologische Perspektiven von Frauenarbeit - Frauen als defizitäre Männer?, in: Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Hrsg.), Frauenforschung. Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag (Dortmund 1984), Frankfurt - New York 1985.
- 6) Wir gehen damit über jene Ansätze hinaus, denen es um eine Verortung der Frauen im Konzept des dreigeteilten (segmentierten) Arbeitsmarktes geht (vgl. Lappe, 1981; Gensior/Lappe, 1983). Unseres Erachtens geht diese in der Literatur geführte Diskussion gerade an den beiden wesentlichen Momenten vorbei, die von einer theoretisch gehaltvollen Weiterentwicklung etwa der Segmentationskonzepte auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden müssen: Die Frauen im Beschäftigungssystem sind weder pauschal dem externen Segment zuzurechnen (Lappe), noch gelten für sie mehrheitlich die Besonderheiten des berufsfachlichen Segments. Vielmehr sind die Frauen, wie auch die Männer, in allen drei Segmenten beschäftigt, wobei sich allerdings die Verteilung auf diese Teilarbeitsmärkte von jener der Männer unterscheidet. Es käme nun u.E. in der Weiterentwicklung dieses Ansatzes darauf an, herauszuarbeiten: a) in welchen Segmenten es unter welchen Bedingungen zur Herausbildung bzw. Auflösung besonderer Einsatzbereiche kommt, die speziell Frauen vorbehalten sind und b) welche gesellschaftlichen Mechanismen es verhindern, daß das besondere Arbeitsvermögen, dessentwegen Frauen für diese Bereiche rekrutiert werden, nicht in Verhandlungen gegenüber der Nachfrageseite zur Absicherung dieser Beschäftigungsverhältnisse eingebracht werden kann, etwa analog zur Erklärung der Herausbildung und Entwicklung des internen Segments. Vgl. Lothar Lappe: Die Arbeitssituation erwerbstätiger Frauen. Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegmentation und ihre Folgen, Frankfurt - New York 1981; Sabine Gensior, Lothar Lappe: Arbeitsmarkt und Frauenerwerbstätigkeit, Arbeitspapier 7/1983, Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Paderborn.
  - 7) Verwaltungsangestellte, Kauffrauen aller Sparten, qualifiziertes Kranken- und Altenpflege-, medizinisch-technisches Personal.
  - 8) Schreib-, Bürohilfskräfte, Verkäuferinnen.
  - 9) Neben der Auswertung der amtlichen Beschäftigten-, Ausbildungs- und Arbeitslosen-Statistik wurden in die Untersuchung die Ergebnisse neuerer empirischer Studien einbezogen, die entweder auf repräsentativer Basis die Berufsverläufe einzelner Gruppen von Frauen erheben oder die in Fallstudien die jüngsten Rationalisierungsprozesse in den für Frauen bedeutsamen Beschäftigungsbereichen untersuchen. Die Arbeitsmarktfolgen dieser betrieblich erhobenen Veränderungsprozesse und die Gültigkeit der Forschungsergebnisse für die Hamburger Situation haben wir durch Expertengespräche vor Ort abgesichert.
  - 10) Zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser These vgl. Martin Baethge, Thomas Oberbeck: Beschäftigungsexpansive Dienstleistungen?. in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 10/1984.
  - 11) Hier unterscheidet sich unser Vorgehen bei der Analyse statistischer Daten auf der Makroebene von dem bei Friedmann/Pfau, die den wirtschaftlichen Strukturwandel nur in der Alternative Verarbeitendes Gewerbe-Dienstleistungsbereich fassen. Durch die von ihnen gewählte Periodisierung können Friedmann/Pfau ferner die zeitlich begrenzte Expansionsphase von Teilen des Dienstleistungsbereichs nicht hinreichend als solche fassen.
  - 12) Selbst wenn sie eine Rückkehr in einschlägig qualifizierte Tätigkeitsbereiche nicht realisieren konnten, so hatten sie doch - freilich unter Inkaufnahme unterwertigen Arbeitseinsatzes - vielfältige Beschäftigungschancen im gesamten Bürobereich, insbesondere bei Misch Tätigkeiten (Sachbearbeitung und Schreibarbeit).

- 13) Vgl. Baethge, M., Gerstenberger, F., Oberbeck, H., Schlösser, M., Seltz, R.: Bildungsexpansion und Rationalisierung - Ergebnisse einer umfassenden Fallstudienreihe, Werkstattbericht 44, BMBW, Bonn 1983. Herbert Oberbeck: Der Strukturwandel in Banken und Sparkassen und seine Bedeutung für die Beschäftigten, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 9/1984. Gottschall, K., Mickler, O., Neubert, J.: Auswirkungen der Büro-rationalisierung auf Routinesachbearbeiterinnen, ebenda. Dieselben: Computerunterstützte Verwaltung. Auswirkungen der Reorganisation von Routinearbeiten. Bd. 60 der Schriftenreihe Humanisierung des Arbeitslebens. Frankfurt 1985.
- 14) Hintergrund dieser Entwicklung ist, daß gerade in der expansiven Phase dieser Dienstleistungsbetriebe in den 70er Jahren, z.T. mehr weibliche als männliche Bewerber die entsprechenden Ausbildungen durchlaufen haben. Weibliche Schulabsolventen hatten in der Regel bessere Zeugnisse und Testergebnisse aufzuweisen, für die männlichen Absolventen waren diese Ausbildungen z.T. auch nicht so attraktiv. In der inzwischen nachhaltig veränderten Arbeitsmarktlage haben die Betriebe stärker als früher die Möglichkeit, in ihrem Interesse Einfluß auf die Personalrekrutierung zu nehmen. Im Ergebnis laufen derartige Regelungen darauf hinaus, daß weibliche Bewerber besser sein müssen als männliche, um einen Ausbildungsplatz zu erhalten.
- 15) Zwischenergebnisse des Projekts Baethge, M., Hantsche, B., Pelull, W., Voskamp, U.: Jugend und Krise, Untersuchung zur Bedeutung von krisenhaften Arbeitsmarktentwicklungen für Arbeitsbewußtsein, Arbeitsverhalten und Interessenorientierung von Jugendlichen/jungen Erwachsenen, lfd. Forschungsprojekt, SOFI.
- 16) Der Rückgang bei den gering qualifizierten Angestellten wird in der Statistik bei globaler Betrachtung noch durch die Ausweitung bei den qualifizierten Angestellten verdeckt. Eine Betrachtung der Beschäftigtenentwicklung nach Berufsordnungen verdeutlicht freilich die unterschiedliche Entwicklungsdynamik bei den kaufmännischen Angestellten und Bürohilfskräften.
- 17) Der Rückgang der Vollzeitbeschäftigten im Hamburger Einzelhandel betrug von 1970 bis 1979 17,8 %, der Zuwachs bei den Teilzeitbeschäftigten im selben Zeitraum 21,2 %.
- 18) Dabei handelt es sich im Unterschied zu den "grundständigen" Industriearbeiterinnen, die i.d.R. aufgrund der sozialen Lage auf kontinuierliche Erwerbsarbeit angewiesen sind, um jene Frauen, die nach Unterbrechung wieder ins Erwerbsleben zurückkehren, in ihrem ursprünglich ausgeübten Beruf jedoch nicht wieder unterkommen können: Sei es wegen der schnellen Entwertung der einmal erworbenen Qualifikationen oder wegen der Bevorzugung von Auszubildenden oder ausgelernten Anfängerinnen in ihrem Ausbildungsberuf (z.B. bei Friseurinnen, Arzthelferinnen). Für diese Teilgruppe von Frauen, die zum Teil eine Teilzeitbeschäftigung nachfragen, kommen als Beschäftigungsbereiche weniger Handel und Industrie, als vielmehr die Post (Briefsortieren), das Gaststätten- und Reinigungsgewerbe sowie private Haushalte usw. in Frage.
- 19) Vgl. Horst Kern/Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München 1984. Die Untersuchung wurde in den sog. industriellen Kernsektoren (Automobil, Chemie, Werkzeugmaschinenbau) durchgeführt. Wie aus neueren betrieblichen Fallstudien (Frank Gerlach, Jürgen Müller: Beschäftigungslosigkeit und betriebliche Einsatzbedingungen Jugendlicher, laufendes Forschungsprojekt, SOFI, Göttingen) hervorgeht, haben die Ergebnisse auch für diejenigen

- Branchen Bedeutung, in denen Arbeiterinnen in Hamburg schwerpunktmäßig vertreten sind (Nahrungsmittelindustrie, Druck- und Papierindustrie, Elektronik, kosmetisch-pharmazeutische Industrie).
- 20) Es sind dies Frauen, die aus ihren traditionellen Beschäftigungsbereichen verdrängt worden sind. Mütter, die nach Unterbrechung wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen, Frauen, die aufgrund einschneidender Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse (Scheidung, Arbeitslosigkeit des Partners) nunmehr auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit angewiesen sind und nicht zuletzt junge Frauen nach Abschluß der Ausbildung.
  - 21) Der Anteil der Frauen unter den arbeitslos gemeldeten Frauen, die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem AFG haben, ist ständig gestiegen, er liegt in Hamburg gegenwärtig bei fast 40 %. Gleichzeitig ist auch der Anteil der Frauen, die nur Arbeitslosenhilfe beziehen, gestiegen; selbst ein Großteil dieser Frauen ist zusätzlich zur Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfe angewiesen.
  - 22) Wie die Ausweitung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse im Zuge der Privatisierung bestimmter bisher öffentlich verbrachter Dienstleistungen (z.B. Gebäudereinigung und Wäscherei im Öffentlichen Dienst) und der zunehmende Sozialabbau (beispielsweise im Bereich der Kinder/Kranken- und Altenpflege) zeigen, geht die reale Umverteilung bereits gegenwärtig zu Lasten der bezahlten bzw. sozial abgesicherten Arbeit und damit zu Lasten der Frauen. Die Ausweitung unbezahlter, in der Familie zu erbringender Arbeit schränkt gleichzeitig die Verfügbarkeit der Frauen für die Erwerbsarbeit ein und verringert so ihre Chancen eigenständiger existentieller Absicherung erheblich.
  - 23) Vgl. Sabine Gensior: Zur Problematik der Um- und Neubewertung der Frauenarbeit beim Einsatz neuer Technologien, in: Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Hrsg.): Frauenforschung. Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag (Dortmund 1984), Frankfurt - New York 1985.
  - 24) Vgl. Horst Kern/Michael Schumann (1984), ebenda.
  - 25) Vgl. Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp, Beate Schmidt: Eines ist zu wenig - beides ist zu viel. Bonn 1984.



Im Frühjahr dieses Jahres fand im SOFI ein wissenschaftliches Kolloquium mit Kuratorium und Beirat des Instituts statt, das seinen inhaltlichen Schwerpunkt in der Krisenthematik hatte. Wir dokumentieren im folgenden zwei der auf dem Kolloquium gehaltenen Referate.

. . .

### KRISENREAKTIONEN VON METALLARBEITERN \*

Der Versuch, etwas über die Reaktionen von Industriearbeitern auf die Krise zu sagen, führt auf noch ungesichertes wissenschaftliches Terrain. So ist etwa die Frage, wie denn die ökonomische Krise die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik verändert, noch nicht hinreichend geklärt (siehe den Beitrag "Thesen zu sozialstrukturellen Auswirkungen der Krise" in diesem Heft). Die Frage, welche Bedeutung die Krise für das Bewußtsein der verschiedenen Gruppen gesellschaftlicher Akteure hat, führt schnell zu den offenen Problemen, die die theoretische Diskussion der 70er Jahre über die Konstitution von Arbeiterbewußtsein hinterlassen hat. Sich in dieser defizitären wissenschaftlichen Situation auf die Krisenreaktion von Industriearbeitern, d.h. letztlich auf die Erklärung von Verhalten, einzulassen, ist deswegen einigermaßen riskant. Die politische Relevanz dieser Frage hat uns veranlaßt, diese Risiken in unserem "Krisen-Quicky" auf uns zu nehmen.

Obwohl mit den vier in die Studie einbezogenen Betrieben keineswegs das ganze Spektrum unterschiedlicher Krisenbetroffenheit abgedeckt wird, ist doch schon für diesen Ausschnitt die Unterschiedlichkeit der Reaktionen der Belegschaften auf die Krisensituation oder genauer: die Krisenpolitik "ihres" Betriebes erstaunlich. Die festgestellten Differenzen lassen sich nun nicht etwa in einen linearen Zusammenhang von Härte der Krisenbetroffenheit und Art der Reaktion auflösen; selbst unser begrenzter Erklärungs-

\* *Referat von Klaus Peter Wittemann über einige Ergebnisse der Studie von N. Kubach, R. Mautz, M. Schumann, K.P. Wittemann: Krisenpolitik und Belegschaftsverhalten. Metallarbeiter zwischen Gegenwehr und Unterwerfung, Hamburg 1985.*

versuch entlang der Kategorien "Handlungsbedarf", "Handlungschancen" und "Handlungsperspektiven" verdeutlicht, daß ein über die weitere Krisenentwicklung vergrößerter Handlungsbedarf keineswegs im Selbstlauf zu einer Vereinheitlichung von Krisenreaktionen führen dürfte. Darüber hinaus ist wohl davon auszugehen, daß die Krisenreaktionen, soweit sie sich auf die betriebliche Konstellation beziehen, den jeweiligen Bedingungen soweit verhaftet bleiben, daß sie aus sich heraus kaum verallgemeinerungsfähig sind. Dieses Problem ist etwa in den letzten gescheiterten Besetzungen auf den Werften deutlich geworden; selbst wenn die Belegschaft einer ganzen Branche handelt und damit betriebsübergreifend operiert, ist keineswegs bereits gewährleistet, daß sich dieser Kampf über den Geltungsbereich der spezifischen Bedingungen hinaus verbreitert. Auch die bekannten Probleme der britischen Bergarbeiter bei ihrem Widerstand gegen die offizielle Politik verdeutlichen diesen Sachverhalt eindrucksvoll.

So gesehen führt die Krise erst einmal zu je spezifischen Reaktionen bei den Beschäftigten. Die in der Hochkonjunktur gewachsene (passive) relative Einheit geht verloren, ohne zu einer neuen zu führen, die im politischen Raum aktionsfähig wäre. Wie sich dieser Zeretzungsprozeß in der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik bemerkbar macht, wäre eine wichtige Untersuchungsaufgabe. Hier soll aber eher in der Gegenrichtung gefragt werden: Was sind die in den vorfindlichen Krisenreaktionen potentiell vereinheitlichungsfähigen Momente, welche Ansatzpunkte für eine an Arbeiterinteressen orientierte Antikrisenpolitik zeichnen sich darin ab und worin liegen die Gründe, die diese Ansatzpunkte bisher politisch unwirksam gemacht haben?

1. Die Krise wird von den Beschäftigten durchaus als allgemeines Phänomen gesehen, das sich auch im "eigenen" Betrieb niederschlägt. Die Ebenen des Betriebes und der Gesamtökonomie werden deutlich unterschieden. Doch anders als noch in der Werftstudie 1977/78 kontrastiert die Krise des "eigenen" Betriebes nicht mehr mit einer passablen Gesamtlage. Die ökonomische Entwicklung der letzten Jahre wird also registriert. Dabei ist die Wahrnehmung durchaus differenziert: man sieht besondere Krisenbranchen ebenso wie solche Bereiche, die besser dastehen. Über den bundesrepublikanischen Rahmen hinaus gilt die Krise als weltweites Phänomen.

Eine der Krisenauswirkungen besteht darin, daß die lange Zeit vorherrschende Erwartung, es würde auch für die Arbeiter zumindest langsam besser werden, so nicht mehr anzutreffen ist. Es überwiegt inzwischen der Eindruck, daß es seit einigen Jahren langsam bergab geht. Indikatoren dafür sind die verschlechterte eigene finanzielle Situation, der Abbau des Sozialstaates und die veränderte Arbeitsmarktlage. Diese wird auch unter dem Blickwinkel gesehen, daß die individuellen Spielräume eingeschränkt sind, weil man sich weniger als früher den Arbeitsplatz aussuchen kann. Dadurch, daß eine sich verschlechternde Situation deutlich wahrgenommen wird, besteht grundsätzlich ein Handlungsbedarf, dessen Dringlichkeit freilich eher noch begrenzt erscheint.

Das Fehlen oder die schwache Ausprägung überbetrieblicher Krisenreaktionen sind also nicht damit zu erklären, daß die Krise und die mit ihr verbundenen Probleme nicht erkannt würden.

2. Daß über den Betrieb hinaus die allgemeine Dimension von Krise gesehen wird, zeigt sich auch bei den ins Feld geführten Ursachen, die durchaus zwischen beiden Ebenen unterscheiden. Für die Gesamtökonomie ist die Hauptargumentation die der Marktsättigung, d.h. ein irgendwie gegebener Bedarf ist inzwischen gedeckt, an die Stelle einer dauernden Produktionsausweitung wie in der Vergangenheit tritt die Perspektive einer Stagnation oder gar eines Rückganges.

Die Vorstellung einer sich schließenden Schere von Angebot und Nachfrage hat den Vorteil, in gewissem Sinne die historische Entwicklung in der Bundesrepublik einfangen zu können. Das Scherenbild hat einen gewissen Zug von Zwangsläufigkeit, insbesondere deshalb, weil die Definition der Nachfragegrenze regelmäßig im Dunkeln bleibt. Die Entwicklung der Angebotsseite ist dagegen deutlich als gesellschaftlicher Prozeß gefaßt. Obwohl nur die eine Seite der Scherenbewegung gesellschaftlich gefaßt wird, kann man deswegen doch von einer Krisenerklärung in gesellschaftlichen Kategorien sprechen: die Krisenursache ist nicht "Natur" oder "bloßer Zufall". Allerdings bleibt Gesellschaft dabei unspezifisch; eine besondere Art von Gesellschaft gerät als Krisenursache nicht ins Blickfeld. Dieser Art von gesellschaftlicher Krisenerklärung widerspräche auch, ausdrücklich Schuldige für die Krisenentwicklung zu benennen.

3. Die Art der Krisenanalyse schließt eine Krisenlösung im eigentlichen Sinne weitgehend aus, man kann hier von einer kognitiven Blockade von Handlungschancen sprechen. Dies sollte man nicht überbewerten, wenn man daran denkt, daß etwa die Krisendiskussion der Linken, die diese kognitive Sperre für sich nicht gelten lassen würde, bisher auch nicht gerade zur Eröffnung von Handlungschancen geführt hat.

Wenn die Grenze der Nachfrage für die Krisenursache genommen wird, die sie bestimmenden Faktoren aber unklar bleiben, erscheinen alle Einflußmöglichkeiten auf die Angebotsseite in dem Augenblick, in dem die Bedarfsgrenze bereits erreicht ist, nicht mehr sonderlich aussichtsreich. Entsprechende Lösungsversuche werden denn auch in die Vergangenheit verlagert: "da hätte man früher etwas machen müssen". Daher werden Krisenlösung oder Antikrisenpolitik fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt diskutiert, wie die Krisenfolgen zu mildern sind.

4. Durch den Wegfall des heilen ökonomischen Umfeldes, wie es noch in den 70er Jahren unterlegt werden konnte (siehe Werftstudie), verliert die Perspektive an Attraktivität, die gesellschaftlichen Ressourcen zur einzelbetrieblichen Lösung einzusetzen - auch wenn diese "Subventionslösung" im praktischen Verhalten auf Betriebsebene immer wieder auftaucht. Denn wenn in den Aktionen die Betriebsebene überschritten wird, geschieht dies zu meist ausschließlich mit der Zielrichtung, auf diesem Wege Subventionen zu mobilisieren. Doch dieser Typus von Lösungsversuch kann heute eben auch in den Augen der Belegschaften keineswegs mehr zum Programm erhoben werden. Es erscheint uns als ein durchaus wichtiges Ergebnis, daß Sonderlösungen weniger von den besonders Betroffenen reklamiert werden als von denjenigen, die sich in einer eher günstigen Situation befinden. Sie sehen noch die Möglichkeit, im Rahmen einer auf den Betrieb oder die Branche bezogenen Kraftentfaltung der Gegenseite Zugeständnisse abzutrotzen. Anders gesagt: Korporatismus ist auch immer die Frage von Gelegenheit.

5. Der Staat ist in der Sicht der Beschäftigten für die Krise nicht verantwortlich, auch wenn einzelne seiner Maßnahmen, etwa die Staatsverschuldung oder das frühere Hereinholen der Ausländer durchaus kritisiert werden. Doch diese Kritik bleibt unterhalb der Ebene des Arguments der Marktsättigung als zentrale Krisenursache. Eine grundsätzliche Krisenlösung wird des-

wegen auch vom Staat nicht erwartet, wohl aber die Milderung der Krisenlasten. Genannt werden verschiedene sozialpolitische Maßnahmen: die Herabsetzung des Rentenalters; Subventionen (unter den genannten Vorbehalten); Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; eine tendenziell protektionistische Außenhandelspolitik; auch Überlegungen wie eine Maschinensteuer.

Die eingeschränkten Erwartungen an den Staat werden noch häufig mit dem Hinweis auf die jetzige Bundesregierung relativiert, doch ist dies wiederum nur ein zusätzliches Argument. Würde die politische Ausrichtung der Staatsspitze als das Haupthindernis für eine Krisenlösung oder auch nur für eine effektive Milderung ihrer Folgen angesehen, so wäre das eine Sichtweise, die sich vergleichsweise leicht in eine Handlungsperspektive umsetzen ließe; die von uns ermittelten Argumentationen laufen aber eher darauf hinaus, bereits die Chance staatlichen Handelns blockiert zu sehen. Der in den Erwartungen an den Staat enthaltene Widerspruch von "keine Krisenlösung", wohl aber "Abmilderung" der Krisenfolgen deutet ein gewisses Instabilitätsmoment an. Implizit wird die These einer weitgehenden Abkopplung der Sozialpolitik von der Ökonomie formuliert, deren praktisches Scheitern einige politische Brisanz haben dürfte. Die Regierungskoalition spürt es gegenwärtig im Wahlverhalten der Betroffenen.

6. Diese "Abkopplungsthese" wird auch bei den Einschätzungen zum weiteren Krisenverlauf deutlich: daß es kurzfristig wieder bergauf geht, erwartet kaum jemand. Eine noch weitere Zuspitzung hält man für denkbar, ausdrücklich aber keinen Sturz ins Bodenlose. Diese Einschätzung hängt zum einen mit der Krisenanalyse zusammen: auch wenn die Marktgrenze erreicht ist, bleibt ja immer ein gewisser Ersatzbedarf; zum anderen gilt der Anspruch, der Staat solle sozialpolitisch die Krisenfolgen begrenzen, fast schon als Tatsache. Ein Rückfall in die sozialen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts erscheint ausgeschlossen. Einerseits, weil letztlich dann doch von einer Stabilisierung der Ökonomie auszugehen sei, andererseits, weil ein solches sozialpolitisches roll back im gegebenen politischen System der parlamentarischen Demokratie nicht durchsetzbar erscheine. In diesem Sinne gibt es in der Argumentation einen Übergang vom Primat der Ökonomie zu dem der Politik.

7. Noch reduzierter als gegenüber dem Staat werden an die Gewerkschaften Forderungen oder auch nur Erwartungen herangetragen, die Krise substantiell lösen zu können. Die eigene Interessenorganisation gilt zwar keineswegs als handlungsunfähig, ihr Lösungsbeitrag wird aber auf den Staat bezogen, wobei den Gewerkschaften im eh begrenzten Rahmen staatlicher Krisenpolitik noch einmal eine Randrolle zugewiesen wird. Von den Gewerkschaften wird erwartet, in Bonn vorstellig zu werden und Vorschläge zu machen, ohne daß man - auch vor dem Hintergrund des Regierungswechsels - darin besondere Erfolgsaussichten sieht. Harte Forderungen an eine gewerkschaftliche Antikrisenpolitik zu stellen setzte mehr als nur einen Handlungsbedarf voraus: man müßte auch eine Handlungsperspektive sehen. Das ist nicht der Fall: In einen Handlungsdruck geraten die Gewerkschaften bisher jedenfalls nicht. Die wie immer begrenzt einzuschätzenden Lösungsversuche der Gewerkschaften sind so gesehen eher überschüssig gegenüber den Ansprüchen der "Basis". In der Tendenz geht die Erwartung von "unten" eher dahin, daß von "oben" eine Handlungsperspektive vorgegeben wird.

8. Diese explizite Entlastung der Gewerkschaften von der Erwartung, eine Krisenlösung herbeizuführen, steht bei den Metallarbeitern ziemlich unvermittelt neben der selbstverständlich formulierten Forderung an die Gewerkschaften, gerade in der jetzigen Situation die Grundinteressen ihrer Mitglieder zu wahren. Es wird von der Organisation erwartet, nicht nur die Löhne, sondern auch die Arbeitsplätze zu sichern. Damit ist aber implizit eine sehr weitreichende Politik der Gewerkschaften gefordert, sind doch diese selbstverständlichen Basisinteressen in der gegenwärtigen Situation kaum einlösbar. Dieser Widerspruch zwischen den explizit begrenzten Erwartungen an die Gewerkschaften in der Frage einer Krisenlösung und den inhaltlichen Implikationen dessen, was man von der eigenen Organisation dennoch verlangt, bleibt bisher weitgehend latent. Vorläufig findet dieser Widerspruch seine Bewegungsform darin, daß die Mitglieder ihre Ansprüche wohl so wörtlich nicht nehmen. Die Frage bleibt offen, wo die noch hinnehmbaren Margen der Interessenverletzung liegen. Daß sich dieser Widerspruch nicht in dem Augenblick positiv auflöst, wo die Gewerkschaften versuchen, eine umfassendere Politik zu betreiben, die in der Tendenz zumindest auf eine kontrollierte Verteilung von Krisenlasten hinausläuft, wird an den Problemen deutlich, die etwa die IG Metall hatte, die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche zu führen. Dies deutet wohl die Schwierigkeiten an, in die die Gewerkschaften kommen werden, wenn sie die Erwartungen

der Mitgliedschaft dauerhaft und spürbar nicht erfüllen können: Diese Enttäuschung positiv umzusetzen, bleibt eine Aufgabe, die an die Entwicklung einer als realistisch angesehenen Handlungsperspektive gebunden ist, und die sich nicht automatisch aus der Erhöhung des Handlungsdruckes ergibt. Zwar kann der Umstand, daß die eigenen Interessen mit der überkommenen Gewerkschaftspolitik nicht zu wahren sind, zu der Konsequenz führen, eine weiterreichende Politik zu fordern oder doch zumindest mitzutragen, doch wenn eine solche Politik nicht greifbar ist, kann auch eine Interpretation wirksam werden, die mit dem Scheitern der bisherigen Politik Gewerkschaftspolitik überhaupt am Ende sieht.

9. Eine der zentralen Wirkungen der Krise, die Spaltung in Beschäftigte und Nicht-Beschäftigte, hat sich politisch bisher kaum sichtbar umgesetzt. Dazu hat wohl auch beigetragen, daß das Bild vom Arbeitslosen, das sich die Beschäftigten machen, zunehmend realistischer geworden ist. Man sieht den Arbeitslosen inzwischen nicht mehr in der sozialen Hängematte schmarotzen, sondern sehr ernsthaft im Regen stehen. Diese Zersetzung von Vorurteilen ist ein Ansatzpunkt, um die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der Klasse zu begrenzen, aber eben nur ein Ansatzpunkt. Solange die unterschiedlichen Interessen der Beschäftigten und der Arbeitslosen nicht in eine gemeinsame Lösungsperspektive einzubinden sind, besteht die Gefahr, daß sich die Unterschiede zu Gegensätzen entwickeln. Dies meint auf der einen Seite korporatistische Tendenzen bei den Beschäftigten, insbesondere in den noch florierenden Branchen. Auf der anderen Seite stehen die Arbeitslosen unter zunehmendem Druck, den für sie ausgesprochen negativen Status quo zu verändern. Es deutet sich in unserem Material an, daß dabei von den besonders Betroffenen auch Lösungen erwogen bzw. aufgegriffen werden, die auf eine Umverteilung der Krisenlasten unter den Arbeitnehmern hinauslaufen. Der Druck auf die Beschäftigten, zugunsten der Arbeitslosen zu verzichten, ist von seiten der Arbeitslosen plausibel und kann in der Tendenz politisch durchaus wirksam aufgegriffen werden. Der tatsächliche Zustand, daß der "Sozialstaat" im wesentlichen durch Umverteilung unter den Lohnabhängigen finanziert wird, führt dazu, daß die Abzüge für die noch Beschäftigten immer fühlbarer werden, so daß auch für sie eine Sozialstaat-Kritik, wie sie - heute wohl nur noch - von rechts vorgetragen wird, Plausibilität gewinnt. Eine Politik der Klassenspaltung hinzunehmen oder gar zu unterstützen, kann sich für den gesicherten Teil durchaus erst einmal finanziell auszahlen.

Die Tendenz, Krisenprobleme durch Umverteilung unter den Lohnabhängigen zu lösen, wird an der Ausländerfrage deutlich. Wenn auch Einschränkungen aufgrund unseres gewerkschaftsnahen Samples zu machen sind, so ist als Ergebnis bisher festzuhalten, daß eine Krisenlösung bzw. Verteilung der Krisenlasten zu Ungunsten der Ausländer überwiegend noch nicht als Perspektive gilt. Die Argumente gegen eine harte Anti-Ausländer-Politik sind allerdings überwiegend moralischer Natur und nicht mit einem andersartigen Lösungsvorschlag kombiniert. Ein Politikkonzept, das die Arbeitslosen gegen die Arbeitsplatzbesitzer ausspielt, hat bei erhöhtem Lösungsdruck in der Kombination mit ethnischen Vorurteilen durchaus Erfolgsaussichten. Es ist fraglich, wieweit eine rein defensive gewerkschaftliche Gegenposition (man habe die Ausländer ja schließlich geholt und könne sie nicht einfach wieder wegschicken) durchhaltbar ist.

10. Bezieht man diese Befunde zurück auf die Ausgangsfrage nach der politischen Stabilität unter Krisenbedingungen, so ist zunächst festzuhalten, daß das politische System der Bundesrepublik ganz überwiegend durchaus positiv besetzt ist. So erscheinen ihm durchaus gesicherte spezifische Grenzen immanent, die einem uferlosem Abbau des Sozialstaates entgegenstehen und mit Verweis auf Erfahrungen der deutschen Geschichte werden auch politische Konzepte vom "starken Mann" als Krisenlösungsinstanz zurückgewiesen. Allerdings sind es zum Teil auch schlichte Effektivitätsgesichtspunkte, die in diesem Zusammenhang aufgeführt werden: welche erweiterten Handlungsmöglichkeiten sollte ein "starker Mann" etwa im Vergleich zu Helmut Schmidt noch haben? Dieses Argument kann unter der Voraussetzung weiterer Krisenzuspitzung durchaus brüchig werden, wenn sich die Lösungskapazitäten der gegebenen Verhältnisse als zu gering erweisen sollten, während sich die Grenzen des Potentials eines "starken Mannes" erst noch erweisen müßten.

Ein wesentliches Argument für die gegebene politische Stabilität, die durchaus Verschiebungen im Rahmen der politischen Konstellation (etwa im Stile der "Wende") einschließt, ist wohl, daß sich der auch wahrgenommene Problemlösungsdruck nicht in eine politische Handlungsperspektive verdichtet, weil eben die Basis für eine Perspektive fehlt. Die durch die Krise hervorgerufenen Beeinträchtigungen der eigenen Lebenschancen sind bisher begrenzt, und man erwartet, daß es zwar graduelle Verschlechterungen, aber keine grundsätzliche Verwerfung geben wird. Obwohl man sieht, wie die



Krisenlasten ungleich verteilt werden, stellt man die Fähigkeit der Herrschenden zu herrschen nicht in Frage. Eine weiterreichende politische Veränderung, die die gegebene Stabilität in Zweifel ziehen würde, setzt aber u.a. die Vorstellung der Beherrschten voraus, es besser machen zu können. Dafür haben wir im Material keine Anhaltspunkte gefunden. Falls sich durch eine weitere Verschärfung der Krise der Lösungsdruck erhöhen sollte, so wäre eine politische Instabilität eher dadurch zu erwarten, daß es den Herrschenden immer weniger gelingt, den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft sicherzustellen. Eine positive Lösung wird damit zwar dringlicher, aber nicht zwingend vorgegeben. Es muß in Deutschland nicht erst noch bewiesen werden, daß auch negative Lösungen denkbar sind.

#### THESEN ZU SOZIALSTRUKTURELLEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE \*

1. Ohne Zweifel hat die Beschäftigungskrise, die immerhin seit 10 Jahren andauert und sich obendrein in den letzten Jahren noch einmal deutlich verschärft hat, tiefe Spuren in der Sozialstruktur der Bundesrepublik hinterlassen. Dies zeigt allein ein Blick auf das aktuelle Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Unklarheit besteht jedoch in der wissenschaftlichen wie politischen Diskussion über die konkreten sozialstrukturellen Ausformungen der Arbeitsmarktkrise. Als Stichworte, die in der öffentlichen Debatte eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, seien hier nur die griffigen Formeln von der Zwei-Drittel-Gesellschaft (Glotz) oder - noch zugespitzter - einer neuen Klassengesellschaft (Blüm) - (beides im Sinne einer "harten" Spaltung der Gesellschaft zwischen den dauerhaft Beschäftigten und den Ausgegrenzten) - oder auch das Stichwort der "Individualisierung" im Sinne einer bereits in der Prosperität angelegten und sich in der Krise fortsetzenden Verdrängung bzw. Auflösung sozialer Klassenunterschiede (Beck) erwähnt.

Angesichts solcher Kontroversen stellt sich die Frage, wie die sozialstrukturellen Krisenfolgen im einzelnen zu bestimmen sind. Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß sich neue typische gesellschaftliche Formationen herausbilden,

\* *Referat von Frank Gerlach.*

und inwieweit verschärfen sich Disparitäten in der Lebenslage verschiedener Arbeitnehmergruppen. In diesen Thesen beschränken wir uns auf die Aspekte der materiellen Entwicklung für einzelne Bevölkerungsschichten sowie der Arbeitsmarkt- bzw. Berufschancen, deren krisenbedingte Veränderungen in den letzten Jahren anhand neuerer Forschungsergebnisse exemplarisch für zentrale Gruppen der Gesellschaft dargestellt werden sollen.<sup>1)</sup>

2. Zwei Ergebnisse der - umfangreichen - Arbeitslosenforschung sind in unserem Zusammenhang von zentraler Bedeutung:

a) Von einer Einheitlichkeit sozialstruktureller Auswirkungen der Arbeitslosigkeit kann nicht gesprochen werden. Objektive Faktoren wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Qualifikation, Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit haben erhebliche soziale und ökonomische Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit. Zugleich ist Arbeitslosigkeit selbst ein eigenständiger Faktor mit negativen Auswirkungen auf die späteren Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen. Die derzeit noch häufig anzutreffende Vorstellung von Arbeitslosigkeit als einer kürzeren oder längeren, in der Regel mehr oder weniger abgeschlossenen Phase gilt mithin in der neueren Diskussion als fragwürdig. Arbeitslosigkeit hat eine "serielle Komponente", wobei das Faktum der Arbeitslosigkeit selbst einen solchen berufsbiographischen Verlauf begünstigt.

Unterschiedliche Strategien der von Arbeitslosigkeit Betroffenen sowie differierende Möglichkeiten, die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit durch materielle wie soziale Unterstützung des familialen Umfeldes bzw. durch zusätzliche Arbeitsaufnahme eines Familienmitgliedes zumindest teilweise zu kompensieren, führen - in Verbindung mit den genannten objektiven Faktoren - zu einer Vielfalt materieller wie sozialer "Lagen" von Arbeitslosen.<sup>2)</sup>

Neben dem Extremtyp des Dauerarbeitslosen (und seiner Familie), dessen Arbeitskraft mittlerweile so zerstört ist, daß seine Chancen am formellen wie informellen Arbeitsmarkt gegen "Null" tendieren, und bei dem auch andere Lösungswege nicht mehr gangbar sind, sind z.B. folgende Konstellationen denkbar:

- Der job-hopper, der immer wieder - nach Phasen längerer oder kürzerer Arbeitslosigkeit - eine Beschäftigung im Jedermann-Arbeitsmarkt findet. Seine Arbeitskraft ist also am Arbeitsmarkt noch begrenzt verwertbar. Mit Hilfe der sozialen Absicherung sowie von "bad-jobs" versucht er - mehr schlecht als recht - materiell über die Runden zu kommen.
- Arbeit in der Schattenwirtschaft (z.B. Schwarzarbeit) oder in einer Subsistenzwirtschaft (z.B. Kleinlandwirtschaft), um die materiellen (und sozialen) Konsequenzen von Arbeitslosigkeit abzuschwächen.
- Beschäftigung im alternativen Sektor, die als Notlösung oder auch als bewußte Abwendung vom "herrschenden" Arbeitsmarkt verstanden werden kann.
- Abwanderung aus Krisenregionen in wirtschaftlich besser dastehende Regionen. Dies könnte insbesondere für jüngere, qualifizierte Arbeitslose eine Möglichkeit zur Abwendung von Krisenfolgen sein.

b) Auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu übersehen, daß mit steigender Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren eine neue Armut entstanden ist, die ursächlich auf die Arbeitsmarktkrise zurückzuführen ist. Gerade die nochmalige erhebliche Verschärfung der Beschäftigungskrise zu Beginn der 80er Jahre läßt gerade die materiellen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit und staatlicher Sparpolitik für immer größere Teile der Arbeitslosen zum massiven Problem werden. Das hat weitere Konsequenzen: Nach vorliegenden Ergebnissen strahlen die materiellen Probleme auf die übrigen sozialen wie psychischen Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit in starkem Maße aus. Wir wissen zur Zeit noch nicht, welches Ausmaß und damit welche sozialstrukturelle Relevanz die "neue Unterklasse" hat, deren lumpenproletarischer harter Kern immerhin schon auf 10 bis 15 % der Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten geschätzt wird (z.B. Dahrendorf). Da solche Prozesse in der Regel Zeit beanspruchen, dürften die sozialstrukturellen Konsequenzen der Herausbildung einer neuen Schicht von Armen in den nächsten Jahren sukzessive voll zum Tragen kommen.

Dennoch ist festzuhalten: Obwohl das Ausmaß und die soziale Bedeutung von neuer Armut größer geworden ist, behält das Diktum der Differenziertheit der materiellen wie sozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit seine Gültigkeit.

3. Auch für die Jugendlichen hat die Beschäftigungskrise erhebliche sozialstrukturelle Auswirkungen gehabt. In dem bereits oben erwähnten Projekt über betriebliche Einsatzbedingungen von Jugendlichen wurden die Ausbildungs- und Berufsstartprobleme von Jugendlichen in drei Regionen exemplarisch untersucht. Ausgewählt wurden eine krisenbetroffene großstädtische Region, eine schon immer mit Problemen behaftete ländlich-handwerklich strukturierte Region sowie eine Region, die - aufgrund einer günstigen Wirtschaftsstruktur - von der Beschäftigungskrise weniger betroffen ist. Nach den Ergebnissen des Projekts haben sich zwischen den Problemregionen und der Kontrastregion die Differenzen in den Arbeits- und Berufschancen der Jugendlichen erheblich verschärft. Dabei kann die im Projekt untersuchte Entwicklung als typisch gelten für die Bundesrepublik insgesamt. (Stichwort Nord-Süd-Gefälle). Regionale Arbeitsmarktdifferenzen werden zu einer immer gewichtigeren Einflußgröße für die sozialstrukturelle Entwicklung.

Besonders plastisch kann dies an folgenden Ergebnissen des SOFI-Projekts verdeutlicht werden:

- In den großstädtischen Krisenregionen wird von Unternehmen eine Politik der Requalifizierung des Ungelernten-Segments deutlich breiter durchgesetzt als in der Kontrastregion, da die Jugendlichen auf dem externen Arbeitsmarkt keine Ausweichmöglichkeiten haben. Hierzu ein Beispiel: In dem Werk A der Automobilindustrie in der großstädtischen Krisenregion werden mittlerweile ganze Jahrgänge von Ausbildungsabsolventen - zum Teil handelt es sich hier um hochqualifizierte Facharbeiter wie z.B. Werkzeugmacher - in die Produktion versetzt und zwar an "klassische" un- bzw. angelernte Arbeitsplätze. Nach Auskunft der von uns befragten Experten wird sich an dieser, für die Jugendlichen deprimierenden Beschäftigungsperspektive in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach nichts ändern. Ganz anders dagegen sieht die Situation der ausgelernten Jugendlichen in einem Autowerk B des gleichen Konzerns in der Kontrast-

region aus. Nachdem die Jugendlichen für ein Jahr verschiedene Abteilungen der Produktion durchlaufen haben, kommen sie nach Ablauf dieser Zeit in der Regel in die Fachabteilungen zurück und werden dort in ihrem erlernten Beruf eingesetzt. Eine Minderheit verbleibt freiwillig an qualifizierten Arbeitsplätzen in der Produktion (z.B. Straßenführer). Eine vergleichbare Personalpolitik wie in Werk A wäre wegen der hier noch vorhandenen Beschäftigungsalternativen für qualifizierte Facharbeiter nicht durchsetzbar.

Zugleich funktioniert in der Krisenregion der Übergang von handwerklich Ausgebildeten in die Industrie nicht mehr, da der externe Arbeitsmarkt so gut wie geschlossen ist. In den wenigen Fällen, in denen qualifizierte Arbeitsplätze in der Industrie extern besetzt werden, haben die kleinbetrieblich Ausgebildeten in Konkurrenz zu älteren, erfahreneren und gleichfalls arbeitslosen Facharbeitern sowie zu nicht-übernommenen industriell Ausgebildeten kaum noch Chancen.

Die Konsequenzen für diese Gruppe der Jugendlichen liegen auf der Hand. In der besser dastehenden Region ist dagegen der Übergang von Ausgelernten aus Kleinbetrieben bzw. dem Handwerk in die Industrie auch auf Facharbeiterpositionen - wenn auch nicht friktionslos - immer noch möglich.

- In der von uns untersuchten ländlich-kleinstädtischen Krisenregion haben sich dagegen die Probleme für die Jugendlichen in anderer Weise zugespitzt. In dieser Region dominiert traditionell das Handwerk, insbesondere das Bauhaupt- und das Baunebengewerbe. Die Strukturkrise im Baubereich führte zu massiven Reaktionen der Betriebe, von denen zunächst die Stammebelegschaften verschont blieben. Nach der Entlassung von "Leistungsschwachen" wie weniger qualifizierten Arbeitnehmern trifft es nun aber mehr und mehr auch die Stammarbeiter. Diese Art von Personalpolitik vollzieht sich weitgehend ungebremst durch "Gegenmacht" der Beschäftigten bzw. von Betriebsräten wie Gewerkschaften, deren Einfluß in dieser Region seit jeher sehr gering ist.

Für die Jugendlichen heißt das, daß sie nach der Lehre in der Regel nicht weiter beschäftigt werden. Eine Ausbildung in den entsprechenden Bereichen des Handwerks erhalten zwar die meisten von ihnen - zumal die Betriebe aus sozialpolitischen Gründen oder auch, weil sie früher

keine Lehrlinge bekommen konnten, die Ausbildung zum Teil ausgeweitet haben. Aber nach der Lehre wird immer häufiger entlassen, weil die Betriebe ältere, erfahrenere Stammarbeiter bevorzugen. Bei einem Teil der in den Dörfern verwurzelten Unternehmen spielen hierbei jedoch auch sozialpolitische Erwägungen eine Rolle. Man will (und kann) es sich nicht leisten, ältere Familienväter zugunsten von Jüngeren auf die "Straße zu setzen". Die Folgen dieser Entwicklung, die sich zahlenmäßig in einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit der 20- bis 25jährigen dokumentiert, zeichnen sich erst in jüngster Zeit ab, da für viele Jugendliche durch die Bundeswehr der Einstieg in die Arbeitslosigkeit gewissermaßen aufgeschoben wurde. Zugleich hat sich die Strukturkrise des Baugewerbes noch einmal deutlich verschärft. Ein Ausweichen bzw. ein Überwechseln in die Industrie ist für die Betroffenen nicht möglich, da in der Region selbst und im Umland jene nur schwach vertreten ist. Im Unterschied zur großstädtischen Krisenregion hat daher der Wechsel von handwerklich Ausgebildeten in die Industrie traditionell immer nur eine geringe Bedeutung gehabt. Gleichzeitig sind aber in der Krise weitere Ausweichstrategien für die Jugendlichen nicht mehr realisierbar. Eine Rückkehr in die Landwirtschaft zur Existenzsicherung ist nur noch in ganz wenigen Fällen möglich, da in der Regel - wenn überhaupt Land in nennenswertem Maße vorhanden ist - dies längerfristig verpachtet wurde. Auch die Schattenwirtschaft - eine weitere Kompensationsmöglichkeit - hat nach übereinstimmenden Aussagen der Experten mit dem starken Rückgang der Bautätigkeit erheblich an Bedeutung verloren. Lediglich eine stabile soziale Verortung in den Familien, von denen sie materiell Unterstützung erfahren, fängt die arbeitslosen Jugendlichen zur Zeit noch auf. Wie lange das familiale Netz hält, ist freilich ungewiß.

Ganz anders dagegen ist die Situation von Jugendlichen aus dem Baubereich in der Vergleichsregion zu beurteilen. Eine bessere Baukonjunktur, ein hoher Ausländerteil, der den Betrieben zum Teil als "Polster" dient, sowie noch bestehende Möglichkeiten, in die Industrie überzuwechseln, eröffnen ihnen insgesamt weit bessere Beschäftigungschancen nach der Lehre.

- Ungelernte Jugendliche haben in den beiden von uns untersuchten Krisenregionen kaum mehr eine Chance. Dies gilt auch für den Baubereich - früher ein typischer Beschäftigter von ungelernten Jugendlichen. Der Weg in die Marginalisierung ist somit vorgezeichnet. Dagegen kommt in der Kontrastregion immer noch zumindest ein Teil der ungelernten Jugendlichen in "Nischen" des Arbeitsmarktes unter, auch wenn sich dort gleichfalls ihre Arbeitschancen verschlechtern haben.

Als Fazit ergibt sich regionalbedingt eine enorme, sozialstrukturell relevante Ausdifferenzierung von Arbeits- und Berufschancen von Jugendlichen - bei einem gleichen Qualifikations- bzw. Ausbildungsniveau.

4. Die hier dargestellten Ergebnisse empirischer Untersuchungen sind - wie bereits eingangs gesagt - lückenhaft. Insbesondere fehlen uns genaue Informationen darüber, ob die Beschäftigungskrise gravierende sozialstrukturelle Auswirkungen auf die sogenannten Kerngruppen des Arbeitsmarktes in den vergleichsweise krisensicheren Branchen hat oder ob dieser beachtliche Teil der Beschäftigten - wie zu vermuten ist - mehr oder weniger nicht betroffen ist. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich jedoch als Fazit zwei Ergebnisse festhalten:

- Zum einen entstehen unterhalb der Masse der dauerhaft Beschäftigten neue Gruppen, die im Kontext der Diskussion über sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen nicht zu vernachlässigen sind. De facto befindet sich die Bundesrepublik zur Zeit in einem Prozeß massiver Verschärfung von sozialer Ungleichheit bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen sozialstrukturell relevanter Teilgruppen.
- Zum anderen gibt es zwischen den Polen - Nichtbetroffenheit von der Beschäftigungskrise auf der einen Seite, Verarmung sowie Zerstörung der Arbeitskraft bei Dauerarbeitslosen auf der anderen Seite - vielfältige Abschattierungen und fließende Übergänge. Damit wird auch der in der Öffentlichkeit häufig gebrauchte Slogan von der Zweidrittel-Gesellschaft fragwürdig. Die Übergänge zwischen den einzelnen "Lagen" sind eben sehr viel weniger krass als es diese Formel suggeriert. Bei aller Vorläufig-

keit der vorliegenden Forschungsergebnisse scheint sich die Krise - sozialstrukturell gesehen - eher in diffusen Gruppenbildungen gewissermaßen aufzulösen. Politische Interessenvertretung der Krisenopfer wird damit immens erschwert.

#### Anmerkungen

- 1) Im folgenden werden einerseits neuere Ergebnisse der Arbeitslosenforschung referiert. Wir beziehen uns hierbei in erster Linie auf Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie von Infratest Sozialforschung. Andererseits sollen Ergebnisse aus dem SOFI-Projekt "Betriebliche Einsatzbedingungen von Jugendlichen" vorgestellt werden, die aufschlußreich für neue sozialstrukturelle Differenzierungen bei Jugendlichen sind. Wir verzichten an dieser Stelle auf die im Referat vorgenommene Präsentation von Ergebnissen zweier weiterer SOFI-Projekte (Gottschall, K., Müller, J., Arbeitssituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg, Göttingen 1984; Kern, H., Schumann, M., Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984), da beide Projekte in den SOFI-Mitteilungen an anderer Stelle ausführlich vorgestellt worden sind (vgl. dazu auch dieses Mitteilungsheft). Im Kern ging es im Referat darum, anhand des "Hamburg-Projekts" die zunehmende Hierarchisierung von Arbeits- und Berufschancen von Frauen zu dokumentieren sowie den von Kern und Schumann ermittelten Typ des Rationalisierungsgewinners als Gegentyp zu den Arbeitslosen zu umreißen. In den hier vorgestellten Thesen handelt es sich auch um Überlegungen zu einem geplanten Forschungsprojekt des SOFI, in dem die sozialstrukturellen krisenbedingten Veränderungen für die einzelnen Schichten der Bevölkerung in einer oder zwei in extremer Weise von der Krise betroffenen Regionen empirisch untersucht werden sollen.
- 2) In dieser Unterschiedlichkeit in der ökonomischen wie sozialen Betroffenheit liegt eine zentrale Differenz zur Arbeitslosigkeit gegen Ende der Weimarer Republik. Die Lage der Arbeitslosen war damals sowohl in Hinblick auf die durchgängige massive materielle Deprivation als auch hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung wesentlich homogener. Dieser Tatbestand sollte in der Diskussion über politische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit nicht außer acht gelassen werden.



## REPLIK \*

Halten wir zunächst einmal fest: Das Faktum der neuen Produktions- und Arbeitseinsatzkonzepte bestreitet kaum jemand in der Diskussion um unser neues Buch. Mancher unter unseren Kritikern deutet hier sogar eigene Erstgeburtsrechte an. Dieser, am Diskussionsstand von vor zwei Jahren gemessen, einigermaßen erstaunliche (und für uns durchaus befriedigende) Sachverhalt gibt uns in dieser Replik die Chance einer Schwerpunktbildung. Kontrovers sind offenbar hauptsächlich drei Punkte:

a) Die empirische Reichweite des Phänomens der neuen Produktionskonzepte: Handelt es sich mehr um Management-Selbstdarstellungen denn um faßbare Realität? Und wenn es sich schon um mehr handelt als schöne Worte: Sind die neuen Produktionskonzepte nur Einzelperscheinungen oder stellen sie tatsächlich Phänomene von breiterer Gültigkeit dar?

b) Die Interpretation der neuen Produktionskonzepte im Hinblick auf den Formwandel kapitalistischer Rationalisierung: Bleiben die neuen Produktionskonzepte ganz in der Kontinuität der bekannten Strategien der Kapitalverwertung oder markieren sie in der Tat eine an die Substanz gehende Neufassung des Begriffs kapitalistischer Rationalisierung?

c) Schließlich die gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen: Überwiegen für die Beschäftigten die Gefahren, so daß die neuen Produktionskonzepte gewerkschaftlich in erster Linie mit einer absichernden Schutzpolitik zu beantworten wären, oder wohnt ihnen auch ein Moment sozialen Fortschritts inne, das in einer Politik der gesellschaftlichen Modernisierung aufgenommen und weitergetrieben werden könnte?

\* Von Horst Kern und Michael Schumann. Die Autoren haben auf Aufforderung der Redaktion der WSI-Mitteilungen Stellung bezogen zu den bisher vorliegenden Kritiken an ihrer Untersuchung "Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion", München 1984, insbesondere zu den im Märzheft der WSI-Mitteilungen vorgetragenen Einwänden von K. Düll und R. Schmidt. Diese Replik erscheint auch im Juniheft der WSI-Mitteilungen.

### Die empirische Reichweite der neuen Produktionskonzepte

Wir können für unsere Position, daß die neuen Produktionskonzepte heute schon ein Stück weit in die betriebliche Wirklichkeit eingedrungen sind und darüber hinaus als Planungen auf erweiterter Stufenleiter in künftigen betrieblichen Strukturen schon sehr konkret auftauchen, doch recht handfeste Empirie ins Feld führen. Wer kann schon für sich reklamieren, in breiten, methodisch differenziert angelegten Folgestudien zentrale Bereiche der Industrieproduktion wiederholt durchgemustert zu haben? Daß gleichwohl eine Auswahl getroffen werden mußte und mancher ebenfalls wichtige Bereich - zum Beispiel die elektrotechnische Industrie - fehlt, ist unumgänglich. Doch sind die von uns schwerpunktmäßig erfaßten Branchen (also die Automobilindustrie, der Werkzeugmaschinenbau und die chemische Industrie) unter allen relevanten Gesichtspunkten (Beschäftigte, Umsatzanteile, Beitrag zur Gesamtökonomie, politische Bedeutung usw.) einigermaßen gewichtig. Insofern denken wir, daß unser Verfahren, von der Entwicklung in diesen Industrien auf den industriellen Kernsektor insgesamt zu schließen, kaum als fahrlässig bezeichnet werden kann. Freilich muß nachgefaßt werden; die Aussagen, wie haltbar zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch immer, bedürfen der weiteren Überprüfung und Ausdifferenzierung. (Weshalb übrigens das SOFI eine weiterführende Untersuchung mit dieser Stoßrichtung in der elektrotechnischen Industrie in Angriff genommen hat).

Richtig ist auch, daß in den analysierten Branchen von uns Selektionen vorgenommen wurden - ebenfalls unvermeidbar. Die Kritik aber, wir hätten uns nur solche Einzelfälle herausgepickt, die besonders gut in unser Bild paßten, (z.B. in der Automobilindustrie nur den Rohbau), brauchen wir uns nicht anzuziehen. Wer nachliest wird sehen, daß wir für die einzelnen Branchen Gesamtdarstellungen präsentieren, die freilich exemplarhaft vertieft sind. Das bedeutet z.B. für die Automobilindustrie, daß wir den Rohbau - entsprechend seiner gegenwärtigen Vorreiterrolle bei der Umstrukturierung der Arbeit - besonders ausführlich behandeln (Seite 79 ff.), ohne allerdings darauf zu verzichten, die Rationalisierungsentwicklung und die Bedeutung der neuen Produktionskonzepte auch für die anderen Fertigungsbereiche - mechanische Fertigung S. 88 ff., Preßwerke S. 93, Montagen S. 93 ff. - nachzuweisen.

Wenn man uns trotzdem den Vorwurf "weicher" Empirie macht, so wohl deshalb, weil unsere Unterscheidung zwischen Ex-post- und Ex-ante-Empirie (S. 88 f.; vgl. auch unseren Vortrag auf dem letztjährigen Soziologentag, abgedruckt in SOFI-Mitteilungen Nr. 10/1984, S. 5) nicht mitvollzogen wird. Ziemlich verlässlich sind unseres Erachtens alle Aussagen, die den bisherigen Gang der industriellen Rationalisierung betreffen. Hier können die Vorteile unseres Verfahrens der Folgestudie voll zum Zuge kommen: Gerade weil wir unter Rückgriff auf eigene Primärerhebungen den Startpunkt der von uns dargelegten Entwicklung genauer bestimmen können und durch eigene Zweiterhebungen die aktuellen Verhältnisse recht intim kennen, weil wir also mit zwei eigenen zeitversetzten Erhebungen arbeiten, erscheinen uns unsere Aussagen über den bisherigen Verlauf der Rationalisierungen gut begründet.

Deutlich unsicherer sind, wie wir selbst immer betont haben, alle Aussagen, die auf Vorausschau abzielen. Doch bewegen wir uns auch hier nicht im Felde reiner Spekulation. Der harte Kern unserer vorausgreifenden Betrachtungen besteht in bereits realisierten und von uns genau recherchierten Rationalisierungsfällen. Die Besonderheit dieser Fälle liegt nur darin, daß sie heute noch Untypisches darstellen, gleichwohl aber eine erkennbare Verallgemeinerungschance besitzen. Die eigentlich schwierigen empirischen und auch theoretischen Probleme fangen exakt an dieser Stelle an: beim Versuch der Einschätzung, ob diese Rationalisierungsfälle den Charakter stilbildender Rationalisierung tragen oder nicht. Entsprechend enthalten unsere Äußerungen an dieser Stelle schon einen beträchtlichen Schuß Interpretation. Sie werden also zwar empirisch weicher, aber die Argumente behalten ein empirisches Fundament. Es ist doch ein aussagekräftiges empirisches Faktum, wenn die Pluspunkte, die bei der betrieblichen Abschätzung von Pilotprojekten im Rahmen neuer Produktionskonzepte sichtbar werden, nachweislich in weiterführende Planungen verallgemeinernd aufgenommen werden. Und es ist auch keine Kleinigkeit, wenn die Betriebe in Vorbereitung einer breitflächigen Anwendung der neuen Produktionskonzepte durch gezielte Maßnahmen die erforderlichen Rahmenbedingungen (z.B. im Ausbildungsbereich) sicherstellen. Das für sich gesehen ohne Zweifel schwächste Glied der Argumentenkette liegt darin, daß die neuen Produktionskonzepte in wachsendem Maße zum Bestandteil von Managementphilosophien avanciert sind. Doch wenn alle diese Sachverhalte zusammenkommen und darüber hinaus auch noch theoretisch in ein stimmiges

Bild praktikabler Rationalisierung eingeordnet werden können, dann erscheint die Aussage hinreichend gesichert. Bei den neuen Produktionskonzepten ist eine solche Konvergenz nachweisbar. Deshalb hat unsere These: die neuen Produktionskonzepte haben eine große Verbreitungschance, den Status einer auch empirisch gestützten Trendkennzeichnung. In Dülls Frage, "handelt es sich ... ausschließlich um Rationalisierungskonzeptionen und -philosophien des Management oder ... um Beschreibungsformen real durchgesetzter Strategien" (WSI Mitteilungen ... S. 142), sehen wir deswegen auch eine falsch gestellte Alternative. Die neuen Produktionskonzepte sind heute gleichermaßen schon Realität wie auch noch Konzeption. Dabei Konzeptbildung im breiten Kontinuum von Philosophien oder gar Fensterreden (auch die gibt es natürlich, weil sich der Ansatz gut verkaufen läßt) bis zu festgeschriebener, verbindlicher Planung, deren baldige Umsetzung in betriebliche Realität ansteht.

#### Alte und neue Formen kapitalistischer Rationalisierung

Daß auch die neuen Produktionskonzepte der Logik kapitalistischer Rationalisierung unterworfen sind, betonen wir selbst (S. 29, 315 ff.; Referat auf dem Soziologentag, a.a.O., S. 4, 20). Auch diese Ansätze reihen sich ein in die lange Kette der Bemühungen, die Ergiebigkeit der lebendigen Arbeit mit dem Ziel besserer Kapitalverwertung zu erhöhen. Wir sagen es noch einmal: Bei den neuen Produktionskonzepten sprechen wir nicht über Abstimmungen und Abwägungen zwischen Rationalisierung und Humanisierung. Es geht um Effizienzkonzepte in der Dimension besserer Kapitalverwertung. Wer belehrend den Zeigefinger hebt und von der fortbestehenden Verbindlichkeit des Verwertungsprinzips redet, sagt uns nichts Neues.

Unser Problem liegt auf einer anderen Ebene und lautet: Stellen die neuen Produktionskonzepte einen bemerkenswerten Formwandel kapitalistischer Rationalisierung dar - so unsere These - oder nicht? Düll akzeptiert (einigermaßen überraschend) die These vom Formwandel, doch bleibt er bemerkenswert unscharf, wenn es darum geht, diesen Formwandel genauer zu kennzeichnen. Wie verträgt sich die Behauptung, alles, was wir unter der Formel der neuen Produktionskonzepte aufführen, sei "wahrlich keine neue Einsicht" (S. 143) mit der selbst getroffenen Feststellung, daß in bestimmten Situationen

"Formen der Nutzung von Arbeitskraft entwickelt und durchgesetzt werden, die die immanenten Schranken tayloristischer Produktionsmethoden zu überwinden trachten" (a.a.O.)? Des Rätsels Lösung liegt wohl darin, daß Düll von einer bereits geschichtlich verankerten Parallelität von Taylorisierung und neuen Produktionskonzepten (freilich auf Qualifikationsnutzung verkürzt) ausgeht. Wir denken: eine historisch schiefe Perspektive, die die Schwierigkeiten und Ungleichzeitigkeiten in der Durchsetzung der Prinzipien industrieller Massenfertigung mit der historischen Infragestellung eben dieser Prinzipien in Sektoren, in denen diese für lange Zeit Realität werden konnten bzw. immer noch sind, durcheinander bringt. Der Preis dieser Unklarheit ist die Unfähigkeit, das historisch Neue der gegenwärtigen Periode in der ganzen Schärfe zu erkennen und richtig zu gewichten. Der Formenwandel erscheint dann als nicht mehr denn die konkrete Auswahl eines spezifischen Verfahrens aus einem als bekannt angenommenen, relativ stabilen Satz unterschiedlicher Verwertungsstrategien. Das Neue verflüchtigt sich zur schlichten Belebung von längst Bekanntem, quantité négligeable.

Für uns handelt es sich bei den neuen Produktionskonzepten um einen Formwandel, in dem sich eine historische Zäsur andeutet. Natürlich kennt die Geschichte verschiedene Methoden der Rationalisierung; natürlich gab es immer Unterschiede im Arbeitseinsatz im Hinblick auf Qualifikation und Berufsbearbeitung. Unabhängig von diesen Einzelheiten bestand aber im kapitalistischen Betrieb das einigende Band aller technischen und organisatorischen Maßnahmen im Glauben an die Allgewalt der Arbeitsteilung. Zunehmende Teilung der Arbeit wurde fraglos in eins gesetzt mit industriellem Fortschritt. Diesem Modell entsprechend wurde verändert; jede Abweichung vom Modell galt als sperrige Realität; als noch nicht gelungene Anpassung und allemal nur Notlösung. Dieser Mythos ist nun endlich auch auf der Kapitalseite im Schwinden begriffen. Deshalb - nur deshalb - sprechen wir von einem Formwandel wohlgemerkt kapitalistischer Rationalisierung.

Wir können darauf verzichten, an dieser Stelle das ganze Bündel der Einzelgründe zu wiederholen, die von der Verwertungsseite her diesen Umschwung nahelegen. Allgemein gesagt beruht die Veränderung auf einer beachtlichen Problematisierung traditioneller Leitlinien kapitalistischen Denkens durch

die historische Entwicklung selbst: insbesondere durch das Brüchigwerden des technokratischen Traums von der totalen Autonomisierbarkeit der Produktion gegenüber lebendiger Arbeit sowie durch den Verlust an Glaubwürdigkeit, die die alten Methoden der Herrschaftssicherung im Betrieb erfahren haben. Die Entwicklung macht mehr und mehr klar: Ohne Arbeiter geht es in absehbarer Zeit nicht (trotz Automatisierung), und mit den verbleibenden Arbeitern kann aufgeklärter als bisher umgegangen werden, ohne daß das Herrschaftssystem unmittelbar gefährdet wäre und der Leistungsanspruch nicht eingelöst würde.

Es ist ein konfliktreicher und langfristiger Prozeß, innerhalb dessen wachsende Teile des Managements diesen "Lernprozeß" durchlaufen und die gebotenen planerischen und gestaltenden Rückschlüsse aus dieser Einsicht ziehen. Wie wir in unserem Buch gezeigt haben, finden geradezu Linienauseinandersetzungen um diese Frage statt, doch sind die Traditionalisten im Rückzug. Auf absehbare Zeit ist aber noch von einem Nebeneinander von alten und neuen Produktionskonzepten auszugehen. Bestimmte Sektoren werden, wie wir betont haben (S. 315 ff.), den Schritt in Richtung der neuen Konzepte wohl überhaupt nicht mitmachen. Und selbst in den industriellen Kernsektoren, in denen die Ausbreitungsbedingungen relativ günstig sind, stehen alte und neue Konzepte zueinander in einem Konkurrenzverhältnis und begründen gegenwärtig einen sich weiter ausdifferenzierenden Formen-Pluralismus.

Die neuen Produktionskonzepte stellen aber, wie wir am Beispiel der von uns untersuchten Branchen gezeigt haben, schon heute keine aus der Normalität herausgelösten Sonderregelungen mehr dar. Von den realisierten Pilotprojekten gehen breite Ausstrahlungseffekte aus; Alternativplanungen werden unter Berücksichtigung der Prinzipien der neuen Produktionskonzepte durchgeführt und unterliegen einer harten vergleichenden Effizienzprüfung, wobei nach unseren Erfahrungen die letztendlichen Entscheidungen in den Kernsektoren in wachsendem Maße zugunsten der neuen Ansätze fallen. Sicher kann man die gegenwärtig schon realisierten Vorhaben entlang der neuen Produktionskonzepte noch als Insellösungen bezeichnen. Doch handelt es sich um eingedeichte Inseln mit erkennbarem Landzugewinn und baldigen festen Verknüpfungen.

Wenn nun an dieser Stelle eingewendet wird, dieser ganze Prozeß laufe auf eine besonders raffinierte Verwertung von Arbeitskraft hinaus, so trifft man unseres Erachtens nur die halbe Wahrheit. Ohne Zweifel handelt es sich um Versuche der Ausweitung des Zugriffs der Betriebe auf die Arbeiter. Es sind Bemühungen, über die motorischen und qualifikatorischen Potenzen hinaus auch "diemotivationalen Fähigkeiten von Arbeitskraft als Person dem Verwertungsprozeß zu unterwerfen" (Düll, S. 145). Doch wenn man bei dieser Einschätzung stehen bleibt, dann scheint uns das eindimensional, schematisch, um nicht zu sagen undialektisch gedacht. Die neuen Produktionskonzepte sind gerade dadurch charakterisiert, daß sie nicht mehr Arbeitsmotivation durch schlichte Manipulation gewinnen wollen (auch wenn dieser Aspekt immer noch mitschwingt), sondern daß ihr leistungspolitisches Instrumentarium reale Arbeitsverbesserungen wie Aufgabenintegration und fachliche Qualifizierung einschließt. Dadurch können die neuen Formen industrieller Arbeit, die wir in unserem Buch beschreiben, auch von den Arbeitern leistungspolitisch zur Stärkung ihrer Regulationschancen gewendet, ja sogar in der Subjektperspektive positiv besetzt werden.

Man wird den neuen Produktionskonzepten nur gerecht, wenn man sie in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit begreift: Sie können ein Instrument der Integration gleichermaßen sein wie ein Hebel für selbstbewußtes Agieren im Betrieb; sie können auf Arbeitsverdichtung ebenso hinauslaufen wie auf berufliche Verbesserungen usw. Darin - und nicht wie Düll (S. 143) meint, in der schlichten Vervielfachung von Kapitalmacht - liegt ihre eigentliche "Doppelbödigkeit". Deswegen eröffnen die neuen Produktionskonzepte auch politische Optionen. Durch eine einseitige Aufnahme der neuen Produktionskonzepte in einer isoliert bleibenden gewerkschaftlichen Schutzpolitik (das schlägt Düll vor, S. 145) wären diese Möglichkeiten allerdings nicht auszuloten.

### Gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen\*

Die reformpolitischen Schlußfolgerungen, die wir in unserem Buch angedeutet haben, wird man nur teilen können, wenn man die Grundprämisse von der bleibenden Zentralität der Arbeit anerkennt. Hier fühlen wir uns von Schmidt (S. 148 f.) ganz richtig verstanden. In der Tat unterstellen wir, daß trotz der Grenzen des Wachstums, der immensen Freisetzungen und der mit Sicherheit sich durchsetzenden weiteren Arbeitszeitverkürzungen Arbeit - jedenfalls in den Zeiträumen, über die wir nachgedacht haben - eine zentrale Funktion im Lebenszusammenhang behalten wird. Die Frage ist nur: Welche Form von Arbeit? Und welche Funktion hat die Arbeit in bezug auf die anteilmäßig zunehmende Nicht-Arbeit? Die Nicht-Arbeit ist als Lebensraum, als Lebenschance nur positiv zu besetzen, so ist hier unsere These, wenn Arbeitsstrukturen sichergestellt werden, die für die Entfaltung der Persönlichkeit außerhalb der Arbeit förderlich sind. Insofern spielt die Qualifikation im Arbeitsprozeß nach unserer Auffassung eine zentrale Rolle. Überspitzt formuliert: Jemand, der im Arbeitsprozeß kaputt gemacht worden ist, kann außerhalb der Arbeit nicht kreativer, freier Mensch sein.

Die reformpolitische Bedeutung der neuen Produktionskonzepte sehen wir in diesem Zusammenhang darin, daß sie günstige Ansatzpunkte bieten, die Heteronomie der Arbeit zurückzudrängen und die Voraussetzungen für kompetentes, selbstbewußtes Verhalten innerhalb und außerhalb des Arbeitsprozesses entscheidend zu verbessern. Deshalb plädieren wir dafür, die neuen Produktionskonzepte von einer reformpolitischen Perspektive her positiv zu besetzen. In einer solchen Politisierung der Entwicklung ginge es darum, daß insbesondere die Gewerkschaften die neuen Produktionskonzepte in einer Form aufgreifen und mit politischem Druck zu verallgemeinern suchen, um dadurch die Bornierungen zurückzudrängen, die bei einem verwertungsbezogenen Ver-

\* *Zur kontroversen Aufnahme unseres Buches gerade auch in den Gewerkschaften möchten wir anläßlich dieser Replik eine Anmerkung machen: In unseren gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen versuchen wir, ansatzweise ein Politikangebot zu formulieren. Daß in diese Überlegungen Interpretationen und Bewertungen eingehen, die nicht jeder teilt, ist klar. Doch sollte die Auseinandersetzung in dieser Frage nicht auf dem falschen Feld der empirischen Grundlage unseres Buches ausgetragen werden - es sei denn, man hätte hier Gewichtiges zu sagen. Wir denken, daß gegen diesen eigentlich wohl selbstverständlichen Umgangsstil von jenen verstoßen wird, die den Dissens in den Schlußfolgerungen mit unsachlicher Kritik an der Empirie bemängeln.*



ständnis auch dieser Rationalisierungsform notwendig anhaften. Das würde bedeuten, der Dosierung der Qualifikationseffekte entgegenzuwirken, den Anteil der übertragbaren Qualifikationen zu stärken und belastungsrelevante Funktionsausweitungen zu verhindern. Dies wäre auch Schutzpolitik, aber zugleich weiterreichende offensive Arbeitsgestaltungs- und Arbeitseinsatzpolitik.

In den Betrieben des industriellen Kernbereichs - insbesondere bei den Arbeitsgruppen, auf die die neuen Produktionskonzepte auf der Personalseite setzen - gibt es heute für solche Forderungen ein beträchtliches Mobilisierungspotential. Es wäre falsch, die an die Gewerkschaften gerichteten Erwartungen dieser durchsetzungsfähigen Arbeiterkader unbeantwortet zu lassen. Nicht nur würden die Gewerkschaften große Mobilisierungsmöglichkeiten - und damit auch Chancen der Absicherung und Verbreiterung ihrer betrieblichen Basis - verschenken. Auch wäre die unter den Gesichtspunkten der Machtverteilung bedeutsame Möglichkeit einer stärkeren Verankerung von Produktionsintelligenz vertan.

Politisierung der neuen Produktionskonzepte würde aber auch bedeuten, daß man sich in aller Radikalität der Widersprüchlichkeit stellt, die diesen Konzepten anhaftet. Sicher sind mit den neuen Produktionskonzepten auch gewaltige Gefahren verknüpft. Sie bestehen im Ausschluß großer Teile der Arbeiterschaft von dieser Entwicklung: der Beschäftigten innerhalb des industriellen Kernbereichs, soweit sie nicht zum personellen Fundament der neuen Konzepte gehören; der Beschäftigten außerhalb der Kernsektoren und vor allem der Arbeitslosen. Wir haben immer unterstrichen, daß die in der Gesellschaft vorhandenen Segmentbildungen und sozialen Disparitäten in den Lebenschancen durch die Anwendung der neuen Produktionskonzepte noch verfestigt und vertieft werden. Nur: ließe man sich nicht auf eine falsche Alternative ein, wollte man deswegen darauf verzichten, die erkennbaren Verbesserungen so weit wie möglich zu verallgemeinern? Auch gegenüber der Negativ-Wirkung der neuen Produktionskonzepte scheint uns beides geboten und möglich zu sein: Eine Schutzpolitik, welche die gefährdeten Gruppen auffängt und absichert und eine Gestaltungspolitik, welche den Segmentierungen entgegentritt, indem sie die Verbreitung der positiven Ansätze durchsetzt und bildungspolitisch stützt. Die positive Haltung gegenüber der Modernisierung würde dabei die ökonomischen Ressourcen ausbauen, die man für die Schutzpolitik dringend braucht.

Man muß sich auch vergegenwärtigen, worauf die Alternative einer Beschränkung auf den Aspekt der Schutzpolitik hinauslief: man überließe das Feld einschließlich der an dieses Feld gebundenen Beschäftigtengruppen der anderen Seite - die Disparitäten und damit die Gräben innerhalb der Arbeiterschaft würden vertieft; dem Prinzip des Teilens und Herrschens wären Tür und Tor geöffnet; schließlich: die Integrationsstrategien gingen dann tatsächlich auf.

Man lobte uns gelegentlich in den Kritiken zu unserem Buch für etwas, was man den Mut zur Provokation genannt hat. Provozieren war nicht unsere Absicht. Wir sehen eine wichtige Aufgabe der Sozialforschung darin, als Frühwarnsystem zu fungieren, d.h. prekäre gesellschaftliche Entwicklungen rechtzeitig anzuzeigen und Möglichkeiten der Einflußnahme aufzuweisen. Die neuen Produktionskonzepte eröffnen gleichermaßen Optionen wie sie negative Entwicklungen begünstigen. In ihnen liegt die Gefahr begründet, daß die Polarisierung der Arbeitnehmerschaft in zwei Lager - Gewinner, d.h. welche, die sich weiterentwickeln können und Verlierer, d.h. welche, die auf Dauer zu einem Schattendasein verdammt sind - weiter verschärft wird. Noch ist diese Spaltung innerhalb der Gesellschaft nicht endgültig vollzogen, noch kann gekontert werden. Schärfer noch: Wenn man die Ausgestaltung der neuen Produktionskonzepte dem Management überläßt, werden die in ihnen enthaltenen Risiken zu handfesten kaum noch verrückbaren Problemen. Wenn man aber die Modernisierungsthematik aus der Perspektive der Arbeiterbewegung besetzt, dann besteht die Chance, eine politische Linie zu entwickeln, die auf dem Wege einer sozial gesteuerten Innovation die Fortschrittmöglichkeiten auslotet, die den neuen Produktionskonzepten auch eigen sind und die die Spaltungseffekte zumindest minimiert. Die Segmentierung wird allemal um so schärfer auftreten, je mehr die neuen Produktionskonzepte sich selbst überlassen bleiben.

In eine solche Aussage gehen selbstverständlich nicht nur empirisch gesicherte Erkenntnisse ein. Sie ist das Ergebnis einer Interpretation der Gesamtsituation auf der Grundlage des gewiß noch begrenzten Wissens über die hier zur Diskussion stehenden Prozesse. Doch scheinen uns die Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten inzwischen schon so klar zu sein, daß man als Soziologe seine Orientierungsfunktion verfehlen würde, wollte man sie nur deshalb nicht aussprechen, weil nicht jeder Satz empirisch dreifach abgesichert ist.

## ANLAUFENDE FORSCHUNGSVORHABEN - KURZCHARAKTERISIERUNG

### ZUR BEDEUTUNG ARBEITSMARKTPOLITISCHER MASSNAHMEN FÜR DIE SITUATION BESONDERS BENACHTEILIGTER FRAUEN AUF DEM HAMBURGER ARBEITSMARKT \*

#### Teil II der Untersuchung "Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg"

##### Ausgangspunkt und Zielsetzung

Auf der Grundlage der in der ersten Teiluntersuchung ermittelten Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg sollen in einer zweiten Teilstudie die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Angemessenheit für diejenigen Frauen bzw. Mütter untersucht werden, die im Zugang bzw. Wiederzugang auf den Hamburger Arbeitsmarkt aktuell oder zukünftig besonders benachteiligt sind. Nach den Ermittlungen im ersten Teil der Untersuchung handelt es sich dabei vor allem um

- Frauen mit einfacher büro- oder verkaufsbezogener Qualifikation sowie
- Frauen aus gewerblichen Tätigkeiten ohne berufliche Ausbildung bzw. mit Qualifikationen, die traditionell nur geringe Verwertungsmöglichkeiten eröffnen.

Für diese beiden Gruppen gilt, insbesondere im Unterschied zu jenen Frauen, die über einschlägige fachliche Qualifikationen im kaufmännischen und sozialpflegerischen Bereich verfügen, daß sie auf dem Hamburger Arbeitsmarkt schon seit Anfang der 80er Jahre massiv von Arbeitslosigkeit betroffen und auch weiterhin mit Arbeitsplatzgefährdung konfrontiert sind. Neben fehlender bzw. gering verwertbarer Qualifikation spielen soziale Lage und Lebenssituation, die immer wieder zu diskontinuierlichen Erwerbsarbeitsverläufen führen, für die Konzentration von Arbeitsmarktrisiken - die sich insbesondere in Form von Langfristig-Arbeitslosigkeit niederschlagen - eine Rolle.

Im einzelnen soll untersucht werden,

- inwieweit die Frauen an den in Hamburg bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen partizipieren; dabei ist das regionalspezifische Maßnahmenangebot insbesondere in bezug auf Teilnehmerstruktur- und Fördervoraussetzungen zu betrachten und zu prüfen, inwieweit sich vor dem Hintergrund restriktiver Gestaltung des Leistungsrechts auf der Ebene formaler Fördervoraussetzungen und der Handlungsspielräume der Arbeitsverwaltung Zugangsbarrieren ergeben;

\* Im Auftrag der Leitstelle Gleichstellung der Frau beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Projektbearbeiterin: Karin Gottschall.

- wo Chancen und Hemmnisse einer erfolgreichen Teilnahme der o.g. Gruppen liegen. Zu fragen ist hier, inwieweit die organisatorischen Rahmenbedingungen der Maßnahmen (Auslegung als Vollzeitmaßnahmen, Arbeitszeitstrukturen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten) der spezifischen Lebenssituation der Frauen Rechnung tragen, und ob sich Probleme aus der methodisch-inhaltlichen Gestaltung der Maßnahmen einerseits sowie den spezifischen Bildungsvoraussetzungen und Lernmöglichkeiten der hier interessierenden Gruppen andererseits ergeben;
- inwieweit schließlich die mit den Maßnahmen verbundenen Qualifikationsprozesse zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Frauen beitragen. Besondere Berücksichtigung soll dabei das Angebot an Qualifizierung im gewerblich-technischen Bereich bzw. für zukunftsweisende Berufs-Tätigkeitsfelder finden.

Neben den allgemeinen Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung (§ 41 und § 47) sowie den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§ 91) nach dem AFG sind insbesondere regionalspezifische Sonderprogramme und Modellversuche wie die Fortbildungsangebote für Langfristarbeitslose bzw. Problemgruppen bei der Stiftung Berufliche Bildung/Arbeitslosenbildungswerk sowie das Modell "2. Arbeitsmarkt" in die Untersuchung einzubeziehen.

#### Methode und Durchführung

Zur Erhebung des Hamburg-spezifischen Maßnahmeangebots und der Teilnehmerstruktur sind die in der Arbeitsverwaltung, bei Maßnahmeträgern und den Behörden verfügbaren Bestandsdaten und sonstigen Materialien auszuwerten: Zu vermuten ist, daß sie - wie auch die amtliche Weiterbildungsstatistik - aufgrund eines relativ groben Erhebungsmusters nur begrenzt Aufschluß über die hier interessierende Gruppe von Frauen geben. Ergänzende Informationen über die quantitative Repräsentanz dieser Gruppe in arbeitsmarkt- und qualifikationspolitischen Maßnahmen sowie Aufschluß über die formalen und sozialen Zugangsprobleme, Chancen und Hemmnisse einer erfolgreichen Teilnahme sowie der mit Qualifizierung verbundenen Arbeitsmarktchancen sollen im wesentlichen über Gespräche mit Experten/innen der Arbeitsverwaltung, Maßnahmeträgern, Behörden, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen gewonnen werden. Die Problemsicht und auch die spezifischen Problemlösungen aus der Perspektive der betroffenen Frauen/Mütter in Qualifikations- und Beschäftigungsmaßnahmen schließlich sollen eher exemplarisch auf der Basis von ein bis zwei Gruppendiskussionen mit Maßnahmeteilnehmerinnen Berücksichtigung finden.

## S O F I - N E U E R S C H E I N U N G E N

Fred Manske, Werner Wobbe-Ohlenburg, unter Mitarbeit von Otfried Mickler: Rechnerunterstützte Systeme der Fertigungssteuerung in der Kleinserienfertigung. Auswirkungen auf die Arbeitssituation und Ansatzpunkte für eine menschengerechte Arbeitsgestaltung. Forschungsbericht KfK-PFT 90, Kernforschungszentrum Karlsruhe, Dezember 1984.

- Als ein wichtiges Resultat der Untersuchung lassen sich zwei divergierende Managementkonzeptionen hinsichtlich der grundsätzlichen Gestaltung von Steuerungssystemen unterscheiden. Die erste setzt auf zentralisierte Totalplanung, während die zweite für eine Kombination aus zentralisierter Rahmenplanung und dezentral verteilten Steuerungskompetenzen eintritt. Das dezentrale Gestaltungskonzept kann am ehesten mit den Interessen der Betriebe und denen des Werkstattpersonals vereinbart werden. Allerdings ist es unter Humanisierungsaspekten notwendig, daß im Zuge der Dezentralisierung auch die Arbeiter Steuerungskompetenzen erhalten und die damit zumeist einhergehende EDV-Kontrolle für die Betroffenen transparent und beeinflussbar sein muß.

Karin Gottschall:

Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung im Auftrag der Leitstelle Gleichstellung der Frau und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1985 (zu beziehen bei der Staatlichen Pressestelle, Rathaus, 2000 Hamburg 1).

- Der Bericht stellt die Ergebnisse einer Untersuchung des Hamburger Arbeitsmarktes vor. Auf der Basis statistischer Materialien werden Entwicklung und Struktur der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation von Frauen für den Zeitraum von 1978 bis 1983 analysiert. Unter Berücksichtigung neuerer qualitativ ausgerichteter Forschungsergebnisse sowie eigener Erhebungen auf Expertenebene werden - vor dem Hintergrund des Einsatzes neuer Technologien sowie sich abzeichnender Veränderungen in den Arbeitsstrukturen und der Personalpolitik insbesondere im Dienstleistungsbereich - aktuelle und zu erwartende Problemkonstellationen für Frauen/Mütter unterschiedlicher Qualifikation und Lebenslage bestimmt.

Norbert Kubach, Rüdiger Mautz, Michael Schumann, Klaus Peter Wittemann: Krisenpolitik und Belegschaftsverhalten. Metallarbeiter zwischen Gegenwehr und Unterwerfung. VSA-Verlag, Hamburg 1985.

- Die gegenwärtige ökonomische Krise vertieft nicht nur die bestehenden Disparitäten in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, sondern übt auch eine differenzierende Wirkung auf das interessenbezogene Verhalten unterschiedlicher Arbeiterfraktionen aus. Die Untersuchung fragt auf der Grundlage

von vier Fallstudien mit qualitativen Interviews und Expertengesprächen nach den Formen und Ursachen der Differenzierung und nach den vereinheitlichenden Entwicklungslinien. Im Vordergrund des Interesses steht der Zusammenhang von krisenbestimmten betrieblichen Handlungsbedingungen und den Krisenreaktionen der jeweiligen Belegschaften. Im Spannungsfeld von Handlungsbedarf, Handlungschancen und Handlungsperspektiven werden die praktischen betrieblichen Krisenreaktionen und die Möglichkeiten einer arbeiterorientierten betriebsübergreifenden Krisenpolitik analysiert.

Karin Gottschall, Otfried Mickler, Jürgen Neubert:

Computerunterstützte Verwaltung. Auswirkungen der Reorganisation von Routinetätigkeiten. Erscheint Anfang Juli 1985 als Band 60 der Reihe "Humanisierung der Arbeitswelt" im Campus-Verlag, Frankfurt.

- In den untersuchten Bereichen routinierter Sachbearbeitung gehen die technisch-organisatorischen Veränderungen durchgängig mit Arbeitsplatzreduktionen und/oder einem Verzicht auf Personalausweitung auch bei erheblicher Steigerung des Arbeitsvolumens einher. Die damit verbundenen Selektionsprozesse betreffen vor allem weibliche Angestellte ohne fachspezifische Ausbildung und solche, die aufgrund von Alter oder familialer Situation nur begrenzt belastbar sind. Für die verbleibenden Angestellten befördert der EDV-Einsatz eine stärkere Aufgabenintegration am Einzelarbeitsplatz. Neue Qualifikationsanforderungen verlangen vor dem Hintergrund unzureichender betrieblicher Einarbeitungshilfen hohe Lernbereitschaft und Flexibilität. Gleichzeitig steigt die Belastung in Abhängigkeit von der Bildschirmanbindung der Tätigkeit.